

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 52



CAUSA ÖZIL
Interview Kenan Güngör

FACEBOOK & GOOGLE
Die Internetzerstörer

Mindestsicherung **LEBEN AM LIMIT**



KOLPORIAGE DAVON 1,25 EURO
2,50€

Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Illustration: Eva Vasari

Mindestsicherung „neu“: ExpertInnen befürchten neue Armut.

N Liebe Leserin Lieber Leser

Noch ist unklar, ob hält, was die Bundesregierung Ende Mai im Hotel Schlosspark Mauerbach ausgetüftelt hat. Die Mindestsicherung soll gekürzt werden, maximal 863 Euro sollen in Zukunft zum Leben reichen. Der Plan: Personen ohne Pflichtschulabschluss sowie Asylberechtigten, deren Deutsch nicht gut genug ist, wird die Unterstützung auf 563 Euro im Monat gekürzt. Und Familien, die mehrere Kinder haben, erhalten abgestuft pro Kind weniger Geld. Ist das erste Kind dem Staat noch 215 Euro wert, gibt es für das dritte Kind nur noch 45 Euro. Eine Ironie, halten die beiden Regierungsparteien doch Familienwerte hoch. Der Entwurf ist eine Kürzung durch die Hintertür. Weil der Verfassungsgerichtshof in Niederösterreich die Deckelung der Mindestsicherung gekippt hatte, weicht man auf Bundesebene nun auf diese Konstruktion aus. Verfassungsrechtler bezweifeln, dass sie hält. Ein Problem an dieser Diskussion ist, dass sie die Stigmatisierung Betroffener wohl vorantreibt. Mindestsicherung und soziale Hängematte sind zu einem Begriffspaar in der Neiddebatte geworden. Wen interessiert noch, dass die Mindestsicherung oft ausbezahlt wird, um geringe Teilzeitgehälter auf ein Existenzminimum aufzustocken; an PensionistInnen, an Menschen mit Behinderung oder mit psychischen Problemen; oder an Menschen, die in Notlage geraten sind. Wir wollten wissen, wie man in so eine Situation kommen kann, und wie man das Leben mit Mindestsicherung bestreitet. Das war kein leichtes Unterfangen. Kaum jemand möchte sich der sozialen Ächtung aussetzen.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Karin Wasner



Illustration: Eva Vasari

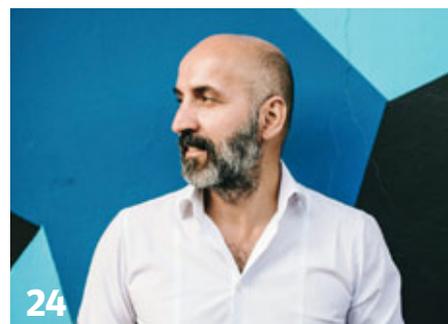


Foto: Stefan Fuertbauer

Einstieg

2 CARTOON

Von den Tücken des Straßenverkaufs.
Illustration: P.M. Hoffmann

3 EDITORIAL

7 HANDLUNGSBEDARF

Warum Österreich ein Problem mit Diskriminierung hat.
Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Mindestsicherung

8 „ES WIRD EIN BÖSES ERWACHEN GEBEN“

Die Regierung möchte die Mindestsicherung kürzen. Die Armutsexpertin Michaela Moser sieht darin eine Verelendungsstrategie.
Interview: Eva Maria Bachinger

12 ICH LEBE BESCHIEDEN UND KOMME AUS

Er wanderte nach Paraguay aus, gründete eine Familie, und zerbrach, zurück in Österreich, fast. Porträt eines Dauer-Mindestsicherungsbeziehers.
Reportage: Ali Cem Deniz

16 MINDESTSICHERUNG TROTZ ARBEIT

Mohammad arbeitet teilzeit als Apotheker, doch das reicht nicht für eine vierköpfige Familie.
Reportage: Marina Wetzlmaier

20 ICH HABE NUR MEINE PFLICHT GETAN

Der Dokumentarfilm „Waldheims Walzer“ rekonstruiert, wie 1986 die Geschichtsaufarbeitung in Österreich begann.

21 AUF DER STRASSE

Drei FilmemacherInnen haben in ihrem Dokumentarfilm „Zu ebener Erde“ ein Jahr lang obdachlose Menschen begleitet.

Welt

22 WEM GEHÖRT DIE STADT?

Der Fotograf Julius-Christian Schreiner hat für seine Fotoserie „Silent Agents“ Objekte im öffentlichen Raum fotografiert, die Obdachlose fernhalten sollen.

24 INTEGRIERT EUCH, ABER IHR GEHÖRT NICHT DAZU

Der Soziologe Kenan Güngör über den Integrationsdiskurs in Österreich, anlässlich der „Affäre Özil“ in Deutschland.
Interview: Clara Akinyosoye

27 DIE INTERNET-ZERSTÖRER

Die Journalistin Corinna Milborn und der Medienmacher Markus Breitenecker über Facebook & Google. Und wie der Besuch bei Hassmail-Schreiber endete. Ein Buchabdruck aus „Change the Game“.

30 ALLER ANFANG IST ARBEIT

Über die erfolgreiche Jobsuche geflüchteter Menschen. Diesmal: Essam Hasan, Karosseriebautechniker.
Reportage: Milena Österreicher

33 IMPRESSUM

34 BINATIONALE PAARE

Natalie und Clive im Porträt.
Text und Foto: Karin Wasner

Rubriken

36 KOLUMNEN

Martin Schenk: Unsichtbares sichtbar machen
Philipp Sonderegger: Kanonenfutter
Clara Akinyosoye: Gefühlter Rassismus

38 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Auf Tunesien-Urlaub
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

39 SPOTLIGHT

Laura Kövesi war fünf Jahre lang Rumäniens oberste Korruptions-Staatsanwältin. Nun hat sie die Regierung kaltgestellt.

40 MEDIEN

Bücher: Das Ringen um Religionsfreiheit / Die Amerikafalle Die neuen Muslime / Die grüne Lüge / Aufnahmeland Österreich Ali. Ein Leben / Zum Tod von Di-Tutu Bukasa / Wienwoche

45 SOS MITMENSCH

Protest gegen die Kürzung der Mindestsicherung

46 ANDERE ÜBER ...

Religion ist wieder ein Instrument der Politik, obwohl sie das nicht sein sollte.
Kommentar: Muamer Becirovic

**„Wieder einmal
sei festgehalten:
Die Qualität des
Ensembles im TAG
ist atemberaubend.“**

KURIER

MACBETH
JETZT im TAG!



www.dasTAG.at/spielplan

Brillen.manufaktur[®]



1070 Wien, Neubaugasse 18 | Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr | Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.info

SCHARF.NET

**Wir sind
uns sicher!**

**#SICHER
#SEIN** Engagiert gegen
Abschiebungen
nach Afghanistan

Vernetze dich mit uns, abonniere unseren
kostenlosen Newsletter auf www.sichersein.at.

Wir halten dich über Aktivitäten auf dem Laufenden.
E-Mail: kontakt@sichersein.at

Zivilcourage hat schon viel bewegt auf dieser Welt.
Hab Mut zum Handeln.

**Jetzt aktiv werden auf:
www.sichersein.at**

Eine Initiative von:

Unterstützt von:



f i t #sichersein

Foto © Severik Destal

30 JAHRE
DER HALTUNG GEWIDMET



Haltungsübung Nr. 27

**ÖSTERREICH
SPRICHT
13. 10. 2018**
Jetzt anmelden &
mitdiskutieren!

Anderes akzeptieren.

Natürlich ist es fordernd, mit politisch Andersdenkenden in Diskurs zu treten. Wer es dennoch tut, beweist Haltung. Und das können Sie jetzt üben: Bei der STANDARD-Diskussionsinitiative „Österreich spricht“ treffen sich am 13. Oktober 2018 Menschen mit völlig unterschiedlichen politischen Ansichten in ganz Österreich zum Meinungs-austausch. Reden Sie mit und melden Sie sich an: auf derStandard.at

Der Haltung gewidmet.

derStandard.at



HANDLUNGSBEDARF

Gegen Diskriminierung

Wenn ein Neujahrsbaby mit einer Welle des Hasses „begrüßt“ wird und die repräsentative Politik dazu schweigt, dann hat Österreich ein Problem.

Kommentar: Alexander Pollak

Unter dem Titel „MeTwo“ haben in den vergangenen Wochen viele tausend Menschen von Erlebnissen berichtet, in denen sie aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder äußerer Merkmale diskriminiert wurden. Viele haben erstmals ihr Schweigen gebrochen, und sich selbst und anderen Betroffenen Mut gemacht.

Doch was ist der nächste Schritt? Klar ist, eine Gesellschaft frei von Diskriminierung wird es nicht geben. Viele Menschen sind hochanfällig für Schubladendenken und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Politische Parteien, deren Hauptgeschäftsmodell die rassistische und fremdenfeindliche Aufwiegelung ist, versuchen das zu nutzen. Auch Medien, die durch hetzerische Berichte ihre Leserschaft bedienen, haben daran Anteil.

Entscheidend, ob Spaltung und Hass Randphänomene sind oder die Oberhand gewinnen, ist das Verhalten der gesellschaftlichen und politischen Mitte. Insbesondere die repräsentative Politik hat enorme Handlungsmacht, wenn es darum geht, Diskriminierung zu bekämpfen oder zuzulassen. Und zwar nicht nur durch Gesetze, sondern auch, indem sie bestimmte Projekte fördert und wirkungsmächtige symbolische Handlungen setzt.

Als Anfang dieses Jahres das Wiener Neujahrsbaby Asel mit einer Welle an Hasskommentaren in sozialen Foren „begrüßt“ wurde, nur weil die Eltern die „falsche“ Herkunft haben und die Mutter Kopftuch trägt, machte sich bei vielen Menschen in Österreich Entsetzen breit. Der Wiener Caritas-Generalsekretär Klaus Schwertner rief zu einem symbolischen Blumenregen für die Familie auf. Diesem „flowerrain“ schlossen sich zigtausende Menschen an. Ein wichtiges Signal. Gleichzeitig schwiegen jedoch die politischen Machtträger. Bundeskanzler Kurz hätte seine Vorbildfunktion nutzen und die kleine Asel in unserer Welt willkommen heißen können. Er hätte die Familie treffen und zeigen können, dass er nicht zulässt, dass Menschen in Österreich mit Hass überschüttet werden. Doch er tat nichts dergleichen.

Das gleiche politische Schweigen herrschte, als eine österreichische Familie, die ein Haus mieten wollte, davon berichtete, dass sie aus rassistischen Gründen abgelehnt wurde. „Der Eigentümer vermietet nicht an Türken“, wurde dem jungen Paar gesagt, nur weil ihre Eltern ihre Wurzeln in der Türkei haben. Auch hier gab es keinen Aufschrei der repräsentativen Politik; keine Einladung an die Familie, ins Bundeskanzleramt

zu kommen; keine deutlichen Worte, dass Diskriminierung in Österreich inakzeptabel ist.

Und auch als der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Johann Rädler der Liste-Pilz-Abgeordneten und Wiener Rechtsanwältin Alma Zadić zurief, „Sie sind nicht in Bosnien!“, folgte keine Reaktion der Partei- und Regierungsspitze. Rädler sitzt noch immer im Parlament. Er hat sich nicht nur nicht entschuldigt, sondern sogar noch in perfider Täter-Opfer-Umkehr eine Entschuldigung von Zadić eingefordert.

Die repräsentative Politik in Österreich wird weitere Gelegenheiten erhalten, sich gegen Diskriminierung zu positionieren. Bundeskanzler Kurz wäre gut beraten, diese Gelegenheiten nicht länger auszulassen, denn mit jeder verpassten Gelegenheit öffnet er mehr Raum für jene Kräfte, die rassistische, herkunfts- und religionsbezogene Diskriminierung wieder verstärkt in der Mitte unserer Gesellschaft verankern wollen.



Illustration: Petja Dimitrova



Michaela Moser, langjährige Mitarbeiterin der Armutskonferenz, hält eine Professur am Department „Soziales“ an der FH St. Pölten .

„ES WIRD EIN BÖSES ERWACHEN GEBEN“

Die Armutsexpertin Michaela Moser sieht in den Kürzungsplänen der Regierung bei der Mindestsicherung und bei arbeitsmarktpolitischen Projekten eine Verelendungsstrategie.

Interview: Eva Maria Bachinger
Fotos: Karin Wasner

Der Wiener Stadtrat Peter Hacker hat zu den geplanten Änderungen bei der Mindestsicherung in Richtung Regierung gemeint: „Denn sie wissen nicht, was sie tun“. Ist das so?

Das glaube ich nicht. Ich denke, sie wissen sehr genau was sie tun. Die Änderung der Mindestsicherung ist ja nur Teil eines größeren Projekts. Dabei werden systematisch die Hauptbestandteile wirksamer Armutsbekämpfung zerstört, wie sie europaweit als Standard gelten. Im Rahmen der EU-2020-Strategie wurden auf Kommissions- und Ratsebene diese drei Säulen beschlossen: existenzsicherndes Einkommen aus Arbeit oder Sozialleistung, soziale Güter und Dienstleistungen und Arbeitsmarktintegration. Auf allen drei Ebenen versucht die Regierung diametral dagegen zu arbeiten, denn es wird ja auch die Streichung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Fördergeldern für Beratungsstellen umgesetzt. Das ist eine Politik, die Armut produziert. Das ist eine Verelendungsstrategie.

Warum macht die Regierung das?

Offenbar werden die Interessen der reichen fünf Prozent und der Industriellenvereinigung bedient. Alles, was in Österreich

relativ gut zur sozialen Gerechtigkeit beiträgt, soll unterlaufen werden. Ich finde das schwer zu verstehen. Abgesehen von ideologischen Weltanschauungen: Wie können vernünftig denkende Menschen solche Entscheidungen treffen? Man weiß aus vielen Studien, dass so ein Programm einen Staat nicht voranbringt, sondern zur Verelendung führt. Eine soziale Spaltung, die Gefährdung des sozialen Friedens kann nicht im Interesse eines Landes sein. Aber man

ALLES, WAS IN ÖSTERREICH RELATIV GUT ZUR SOZIALEN GERECHTIGKEIT BEITRÄGT, SOLL UNTERLAUFEN WERDEN.

will sich offenbar über alles hinwegsetzen: über Fakten, über die Vereinbarungen auf EU-Ebene, über verfassungsrechtliche Bedenken. Es geht hier nicht um Vernunft, sondern um machtpolitische Überlegungen.

Im Mittelpunkt der Debatte steht die Mindestsicherung, weniger die Kürzungen bei arbeitsmarktpolitischen Projekten.

Mit der Mindestsicherung lässt sich am besten die dominierende rassistische Propaganda verbinden. Bei der Kürzung der

arbeitsmarktpolitischen Programme wird das schon schwieriger werden. Es ist paradox: Einerseits wird die soziale Grundsicherung gekürzt, weil die Leute sonst angeblich in der „sozialen Hängematte“ liegen, andererseits will man auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen streichen, die Menschen helfen sollen, wieder Arbeit zu finden. Dabei gerät auch aus dem Blick, dass die Mindestsicherung ja nur das unterste Auffangnetz und keine Lebensperspektive sein soll. Und es geht immer auch um die Frage, wie man aus der Mindestsicherung wieder herauskommt? Man kann über die Sinnhaftigkeit vieler arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen streiten, aber es gibt auch viele gute Projekte. Sinnvoll wäre es, wenn Betroffene mehr in die Gestaltung dieser Programme einbezogen würden. Da wird viel Kompetenz, Wissen und Erfahrung von Menschen verschleudert.

Wie schätzen Sie die Stimmung in der Bevölkerung ein? Offenbar gibt es eine Mehrheit für solche Maßnahmen.

Die Mehrheit erreicht die Regierung durch das ausländerfeindliche Gerede, denn die ÖsterreicherInnen wählen traditionell rechts, wenn es um Ausländer geht; wenn es um soziale Maßnahmen geht, stehen sie



Wer tritt für Armutsbekämpfung ein? „Die Opposition ist mit sich beschäftigt“, so Moser.

eher links. Das Wahlklientel der Regierung stammt allerdings nicht nur aus den obersten Schichten, sondern auch aus den mittleren und unteren. Und diese Menschen wird das treffen. Viele sehen es noch nicht, weil der Fokus auf die Mindestsicherung gelegt wird und sie meinen, das habe nichts mit ihnen zu tun. Sie verkennen, wie schnell es passieren kann, dass man nach längerer Arbeitslosigkeit oder Krankheit oder psychischer Probleme auf Mindestsicherung angewiesen ist. Das wird verdrängt, denn die Armen sind immer die Anderen. Ein Großteil der ÖsterreicherInnen ist zudem ein relativ gutes Sozialsystem gewöhnt. Es ist ihnen nicht klar, was diese Kürzungen bedeuten, was es dann nicht mehr gibt. Es wird ein böses Erwachen geben. Man sieht in anderen Ländern was Kürzungen bedeuten. In Großbritannien gibt es bereits Kampagnen gegen Hunger im Land! Ich habe also den Eindruck, dass viele WählerInnen nicht wissen, was sie tun.

Was kann man dem entgegenhalten?

Es wird schwer, aber es muss gelingen, den Bildern, die diese Regierung zeichnet, die Faulen mit den vielen Kindern, die Ausländer, die nur kommen um unsere Sozialleistungen abzugrasen, die Realität gegenüber zu stellen. Es ist sehr konstruiert zu

MAN MUSS IN PROGRAMME INVESTIEREN, DIE MENSCHEN DABEI UNTERSTÜTZEN, WIEDER ETWAS ZU TUN.

meinen, dass Menschen aus einem Kriegsgebiet sich denken, jetzt schlagen wir uns nach Österreich durch, weil dort bekommen wir eine Mindestsicherung oder dass sich Menschen überlegen, wir bekommen jetzt sechs Kinder und dann beziehen wir eine hohe Mindestsicherung. Tatsächlich betroffen sind vor allem Leute, die es alles andere als leicht haben, die meisten sind alt, haben physische, psychische Krankheiten,

Behinderungen und sonstige schwierige Lebensumstände, viele sind Kinder. Ich hoffe, dass man mit einer Politik, die letztlich auch Kinder trifft, auf Dauer nicht die Mehrheit überzeugen kann. Aber sicher bin ich mir nicht. Denn die falschen Bilder halten sich hartnäckig und sind wirkungsvoll. Leider gibt es derzeit auch keine ProtagonistInnen auf politischer Ebene, die glaubwürdig eine Armutsbekämpfung vertreten. Die Opposition ist mit sich selbst beschäftigt.

Es ist aber auch eine Tatsache, dass nur bestimmte EU-Länder mit starken sozialen Leistungen wie Schweden oder Österreich von Flüchtlingen und MigrantInnen anvisiert werden, dass für Menschen aus armen Ländern einige hundert Euro im Monat ein kleines Vermögen sind.

Wer auswandert, hat das Motiv sein Leben zu verbessern. Das ist legitim. Sonst forciert man solches Leistungsdenken, aber hier gilt es plötzlich nicht mehr. MigrantInnen nehmen viel auf sich um ihr Leben zu verbessern. Wir profitieren auch stark von MigrantInnen, die bei uns arbeiten. Und es geht um Differenzierung zwischen Flucht und Asyl und den damit verbundenen Rechten, auch um Migration aus beispielsweise wirtschaftlichen Gründen. Das gilt derzeit aber fast als Verbrechen. Dabei ist es ein verständlicher menschlicher Impuls, dass man wo hinget, wo man glaubt, sich ein besseres Leben aufbauen zu können. Auch viele EuropäerInnen haben das gemacht. Ich verstehe nicht, was daran schlimm sein soll, zumal MigrantInnen ohne Asylstatus ohnehin nicht automatisch Zugang zu Sozialleistungen wie der Mindestsicherung haben, was in der Debatte auch verschwiegen wird.

Wäre es sinnvoll die Mindestsicherung für junge, gesunde Leute nicht zu kürzen, sondern zeitlich zu befristen?

Personen, die perspektivenlos oder auch in einer Verweigerungshaltung sind, dahingehend Druck zu machen, verstärkt ihre soziale Notlage. Sie werden dann eher krank, depressiv oder obdachlos, das zeigen Erfahrungen aus anderen Ländern. Es ist ein Kurzschluss zu glauben, wenn sie kein Geld mehr haben, dann werden sie arbeiten gehen. Man muss in Programme investieren, die Menschen dabei unterstützen wieder etwas zu tun. Manche werden es dennoch nicht schaffen. Ich glaube aber, dass eine reiche Gesellschaft wie unsere es aushält, eine gewisse Anzahl mitzutragen. Schon möglich, dass da auch einzelne dabei sind,

die von außen gesehen vielleicht faul wirken. Auch wenn viele „so jemanden kennen“, Studien zeigen, dass es sich um Einzelfälle handelt und es wird oft auch nicht gesehen, was wirklich dahintersteckt. Jemand, der Depressionen hat oder traumatisiert ist, trägt das meist nicht vor sich her und mag auf andere einen unwilligen Eindruck machen. Letztlich ist das natürlich auch eine Frage des Menschenbildes. Ich glaube, dass fast alle Menschen auf die eine oder andere Weise tätig sein und etwas zur Gesellschaft beitragen wollen und es dort, wo diese verloren ist, gilt ihre innere Motivation zu wecken, genauer hinzuschauen, was dahintersteckt, welche Interessen es gibt, was getan werden kann.

Bei Hartz IV in Deutschland wird argumentiert, dass dadurch mehr Menschen in Beschäftigung gekommen sind.

Man muss sich diese Beschäftigungsverhältnisse genauer ansehen, und auch zu welchen Verdrängungsmechanismen am Arbeitsmarkt das führt. Natürlich geht es darum Menschen die Möglichkeit zu geben tätig zu sein. Und zwar in sinnvoller Weise, nicht nur für die Individuen, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Grundsätzlich muss man sich aber auch fragen, was verstehen wir unter „Arbeit“? Wie kommt man dazu, eine Familie mit mehreren Kindern als faul hinzustellen? Zumindest eine Person, meistens die Mutter, hat wohl alle Hände voll zu tun. Es ist perfide, wie solche Bilder und Thesen gesetzt werden, welches Leistungsdenken damit transportiert wird. Und es wird ohnehin nie konsequent durchgezogen. Das sieht man am Thema Vermögen. Die Leistung einer Erbin, die vom Vermögen der Generationen vor ihr profitiert, ist überschaubar, wird aber nicht themati-



Über Hartz IV: „Man muss bedenken, zu welchen Verdrängungsmechanismen das führt.“

siert. In vielen Fällen ist die Mindestsicherung auch eine Ergänzungsleistung zu niedrigen Löhnen. Wenn man also Vergleiche anstellt, dass eine Familie mit mehreren Kindern so viel mehr Geld aus Sozialleistungen bekommen würde als jemand, der arbeitet, muss man auch mal fragen, wieso Menschen so wenig verdienen. Die Löhne sind in vielen Bereichen viel zu gering. Es wäre wünschenswert, dass Löhne ausreichen, die eigene Familie zu ernähren und niemand zusätzlich zum Sozialamt gehen muss.

DIE LEISTUNG EINER ERBIN IST ÜBERSCHAUBAR. DAS WIRD ABER NICHT THEMATISIERT.

Gibt es eine Gesprächsbasis der Armutskonferenz mit der Regierung? Wird Ihnen zugehört?

Ja, es gab einen Termin mit der Sozialministerin. Wenn man sie an ihren Taten misst, merkt man jedoch, dass wir nicht gehört werden. Wir bemühen uns auch schon lange, dass EntscheidungsträgerInnen auch direkt mit Betroffenen reden. Sie haben oft so wenig Ahnung. Wer 10.000 Euro oder mehr im Monat verdient, scheint sich nicht – mehr – vorstellen zu können, was es bedeutet mit einem Minimum zu leben. Dabei gäbe es dazu auch Zahlen. Die Haushaltsbudgets der Schuldnerberatung beispielsweise, wo alle nötigen Posten für ein einfaches, aber würdiges Leben mit Teilhabemöglichkeit in Österreich aufgelistet

sind und die nach einer international anerkannten Methode berechnet werden, sollten PolitikerInnen eigentlich kennen. Wenn man das Beispiel des ÖVP-Klubchefs August Wöginger anschaut, wonach eine Familie mit sechs Kindern bis zu 3.000 Euro Mindestsicherung bekommen würde, was ohnehin nur auf ganz wenige Personen zutrifft, dann klingt das nach viel Geld, nach mehr Geld als viele verdienen. Aber wenn man, wie in den Referenzbudgets, genau nachrechnet, kommt man bereits für eine Familie mit drei Kindern auf 4.000 Euro Kosten pro Monat. Man muss genau hinschauen, wie viel das Leben in Österreich kostet und wie viele den Großteil des Geldes allein für die Miete brauchen. Darüber wird aber nicht geredet, denn dann müsste man die Wohnpolitik ändern. Und man muss auch überlegen, was Teilhabe bedeutet. Dass es nicht nur um nacktes Überleben geht, dass Sozialleistungen Menschen, vor allem Kindern, die Chance geben sollen, so am Leben teilzunehmen, dass sie nicht „hinten“ bleiben, sich gut entwickeln können. Dazu gehört auch ein zumindest minimaler Zugang zu Information, zu Kommunikationsmitteln, zu sozialem und kulturellem Leben.

Eva Maria Bachinger, geboren 1973, nach Auslandsaufenthalten in Israel und Italien arbeitet sie in Wien als Journalistin und Autorin. Buchveröffentlichungen, u.a.: „Die Integrationslüge“ (2012), „Wert und Würde – ein Zwischenruf“ (2016), jeweils gemeinsam mit Martin Schenk.



TEILHABE AM LEBEN KOSTET HALT WAS

Wer sind eigentlich die Menschen, die Mindestsicherung beziehen? Wie schaut ihr Alltag aus und wie sehen sie die geplanten Kürzungen der Regierung? Darüber wollte ich mit BezieherInnen von Mindestsicherung sprechen. Die Suche gestaltete sich schwierig, die Angst vor Stigmatisierung ist groß.

Text: Ali Cem Deniz



Mindestsicherung: Verwirklicht die Regierung ihre Pläne, wird die Situation für Familien mit Kindern härter.

Ende August, die fünfte Hitzewelle befindet sich auf ihrem Höhepunkt. Bei knapp 34 Grad haben sich Familien auf einem Parkplatz in Floridsdorf eingefunden. Zwischen Möbelhäusern und Autogalerien ist hier eine Anlage des Wiener Roten Kreuzes. Die Menschen stellen sich an, füllen Formulare aus und bekommen ein weißes Paket. Eine Sorge weniger. Im Karton finden sie einen Rucksack, Stifte,

Hefte, Taschenrechner und alles andere, was ihre Kinder für das neue Schuljahr brauchen. Die Schulstartpakete erfreuen sich großer Beliebtheit. Finanziert werden sie von der Europäischen Union und dem Sozialministerium. Das Rote Kreuz verteilt sie an Familien, die von der Mindestsicherung leben. In Wien sind das 33.000 Bezugsberechtigte. Natascha Artinger vom Roten Kreuz koordiniert das Projekt seit der Einführung. Sie rechnet damit, dass bis Schulbeginn 25.000 Pakete verteilt werden. Dass die Schule ein hartes Pflaster sein kann, wissen auch die Verantwortlichen. Die Schulsachen sind Markenprodukte und so gestaltet, dass sie nicht erkennbar sind. Das soll die Kinder vor Mobbing und Diskriminierung schützen.

Eine Aktion, mit der alle einverstanden sein sollten. Doch ein Blick in das Online-Forum einer Wiener Gratiszeitung beweist das Gegenteil. In den beliebtesten Kommentaren echauffieren sich User über MindestsicherungsbezieherInnen, die sich

KEIN BETROFFENER MÖCHTE MIT MIR REDEN. MEDIAL UND POLITISCH IST DAS THEMA HINGEGEN OMNIPRÄSENT.

Spenden erschwindeln würden. Dass Menschen in einer Notsituation Unterstützung erhalten, scheint die Fantasie der Online-Foristen zu beflügeln. Es ist von Menschen die Rede, die mit Luxusautos durch die Gegend fahren, die neuesten Smartphones besitzen und sich von Fast Food, Zigaretten und Energydrinks ernähren.

Ist das tatsächlich so? Wer sind die Menschen, die Mindestsicherung beziehen? Wie kommen sie mit dem Geld aus, was leisten sie sich und was nicht? Was machen sie, wenn mal ein Zahn dringend eine Füllung braucht?

Ich suche beinahe den ganzen Sommer nach einer Person, die mir das alles erzählen kann. Ich wende mich an Einrichtungen, tausche mich mit SozialarbeiterInnen und ExpertInnen aus. Kein Betroffener ist bereit, mit mir zu reden. Auch nicht anonym. Auf politischer und medialer Ebene ist das Thema Mindestsicherung hingegen omnipräsent. Sie ist zu einem populistischen Werkzeug mutiert, mit der MigrantInnen, vermeintliche Schwindler und faule Menschen eingeschüchert werden. Tatsächlich hängt die

Anzahl der BezieherInnen von Mindestsicherung eng mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zusammen. Viele Menschen brauchen eine Aufstockung ihres Arbeitslosengeldes durch die Mindestsicherung, weil ihre Arbeitslosenunterstützung zu gering ist, um davon leben zu können. Zudem erhalten 15 Prozent eine Mindestsicherung ergänzend zu ihrem Einkommen, das so gering ist, dass es für die Existenzsicherung nicht reicht. Der Grad der Stigmatisierung scheint auch mit einem Stadt-Land-Gefälle zu tun zu haben. Am Land beziehen weniger Menschen Mindestsicherung, in kleinen Städten spricht sich ein Amtsweg schnell herum. Über Armut zu sprechen wird in so einer Atmosphäre jedenfalls nicht einfacher.

Dann endlich läutet mein Handy. „Guten Tag, Josef Salvenmoser mein Name. Ich habe die Information erhalten, dass Sie einen Artikel über die Mindestsicherung schreiben und da jemanden suchen. Worum geht’s?“

Große Pläne

Am nächsten Vormittag treffe ich den Mann in einem Irish Pub auf der Meidlinger Hauptstraße. Seine Geschichte mag ungewöhnlich sein, aber die Wege, wie man eines Tages auf Mindestsicherung angewiesen ist, sind vielfältig. Das erste, was mir am 56-Jährigen Wiener auffällt, sind seine getönten Brillen, die mich an die 1980er Jahre erinnern. Und genau dort setzt Josef Salvenmoser an, um zu erzählen, wie er in die Mindestsicherung gekommen ist.

In den 1980er Jahren schreibt er sich an der Universität Wien ein. Schon seit seiner Jugend ist er politisch interessiert, er belegt die Studien Geschichte und Politikwissenschaften. Das Interesse allein reicht jedoch nicht aus und spätestens 1987 ist ihm klar, dass er was anderes machen möchte. Etwas ganz anderes.

„Wir hatten die Idee nach Paraguay auszuwandern und ein Lokal zu eröffnen. Ein Postler, ein angehender Polizist und ich. Der Postler war für’s Kochen verantwortlich. Man kann sich vorstellen, wie das gelaufen ist“, sagt er. Nach nur zwei Jahren schließt die von dem Trio gegründete „Cafeteria Vienna“ mit ihren rot-weiß-roten Tischtüchern und der Altwiener Küche. Josef Salvenmoser will den Verkauf des Restaurants abwickeln und dann seinen Freunden zurück in die Heimat folgen.



Josef Salvenmoser, Auswanderer, Rückkehrer: Als seine Familie ihn verließ, brach eine Welt für ihn zusammen. Heute ist er auf soziale Unterstützung angewiesen.

Zu jenem Zeitpunkt beherrscht Josef Salvenmoser die spanische Landessprache so gut, dass er anderen deutschsprachigen MigrantInnen bei Behördengängen hilft. „Da war ich froh, dass ich in der Schule Latein hatte“, sagt Salvenmoser, der weiterhin seine Romane am liebsten auf Spanisch liest. Schon bald merkt er, dass er in Paraguay mit seinen sprachlichen Fähigkeiten mehr Geld verdienen kann, als mit seinen kulinarischen Angeboten. Er entscheidet sich zu bleiben und gründet ein Einwanderungsservice. Und bald danach eine Familie. An eine Rückkehr nach Österreich denkt er nicht mehr. Bis seine Familie in Österreich ihn braucht.

Josef Salvenmoser ist Einzelkind. Als er im Jahr 2004 erfährt, dass sein Vater schwer krank im Spital liegt, fliegt er sofort nach Wien. „Ich bin von Schwechat direkt zum Hietzinger Krankenhaus. Da hat sich der Taxler auch gewundert. So lange weg und dann direkt ins Spital.“ Sein Vater übersteht die Krankheit und nach drei Monaten ist Josef Salvenmoser wieder in Südamerika. Das Schicksal seiner Eltern, die nicht nur altern, sondern vereinsamen, lässt ihm keine Ruhe. Er will sie zu sich holen, aber „die waren einfach Wiener. Nie weiter weg als an der Adria und in Italien.“ Schließlich kommt er 2010 ein zweites Mal nach Wien. Dieses Mal bleibt er.

Und dann: unvermittelbar

Die Sonne scheint prall auf unsere Köpfe. „Drüben ist das Wetter auch so, aber zehn

Monate im Jahr.“ sagt er. Die eigentlichen Kontraste zwischen seinem Leben in Paraguay und in Österreich sieht er nicht im Klima, sondern im Sozialstaat. „Dort gibt es eigentlich keinen Staat. Die Leute zahlen auch nicht wirklich Steuern. Hier war ich schon überrascht, wie gut alles funktioniert und wie bemüht die Behörden sind.“ Genau wie seinen Wiener Akzent hat Josef Salvenmoser auch seinen Bezug zu Österreich nie ganz verloren. Er lebt sich schnell wieder ein. Seine Frau und sein Sohn, die ihm aus

DER ARZT HAT SICH EIGENTLICH NICHT UM MEINE SITUATION GEKÜMMERT.

Paraguay gefolgt sind, erleben einen Kulturschock. „Deutsch hatte ich meinem Sohn nicht beigebracht. Das habe ich schon bereut.“ Gemeinsam mit der kranken Mutter leben sie in einer Gemeindeförderung am Schöpfwerk. Das Zusammenleben ist geprägt von Konflikten und finanziellen Herausforderungen. Die Jobsuche gestaltet sich schwierig. Nach einem Termin beim AMS kommt Josef Salvenmoser in die leere Wohnung zurück. Seine Frau und sein Sohn brechen den Kontakt zu ihm ab. „Das war ein Schock für mich.“ Er verzweifelt, ist deprimiert und beginnt zu trinken. Das AMS wird ihn bald darauf für unvermittelbar erklären. „So bin ich in die Mindestsicherung gerutscht.“

Ab 2013 erhält Josef Salvenmoser die so ge-

nannte Mindestsicherung-Dauerleistung. Wie bei der normalen Mindestsicherung bekommt er 840 Euro pro Monat, jedoch 14 Mal jährlich. Die Leistung ist für Menschen im Pensionsalter gedacht und für jene, die auf Dauer arbeitsunfähig sind.

Für arbeitsfähig erklärt

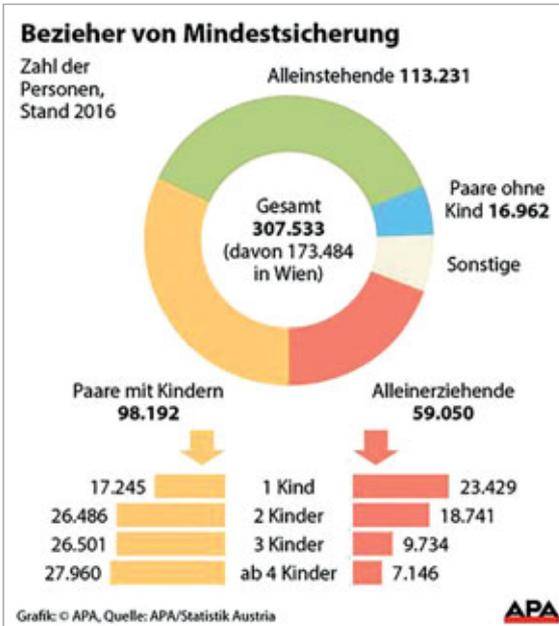
Einmal im Jahr muss sich Josef Salvenmoser einer genauen Untersuchung unterziehen lassen. Bis im vergangenen Jahr wird diese Kontrolle durch die Sigmund-Freud-Privatuniversität durchgeführt. „Das waren sehr ausführliche Diagnosegespräche“ sagt er. Teilweise muss er minutiös die Ereignisse schildern, die zu seiner psychischen Erkrankung geführt haben. Mit jeder Kontrolle durchlebt er die Traumata der Vergangenheit erneut. Letztes Jahr übergibt die Magistratsabteilung 40, die für die Vergabe der Mindestsicherung verantwortlich ist, die Durchführung der Kontrollen an die Pensionsversicherungsanstalt (PVA). Im Mai 2017 erklärt die PVA Josef Salvenmoser für arbeitsfähig. Er ist kein Einzelfall. Als die Sigmund-Freud-Universität die Kontrollen durchführte, wurden jährlich rund 195 Menschen für arbeitsfähig erklärt. Mit der Übernahme durch die Pensionsversicherungsanstalt erhöhte sich diese Zahl sprunghaft. Im Jahr 2017 stuft die PVA mehr als 1.400 psychisch kranke Personen als arbeitsfähig ein.

„Der Arzt dort hat sich eigentlich nicht um meine Situation gekümmert.“ Seither versucht Salvenmoser die MA 40 davon zu überzeugen, dass er nicht arbeitsfähig ist. Mit dem Alkohol hat er aufgehört, doch Psyche und Leber sind nicht mehr so widerstandsfähig, wie sie es einmal waren.

Wohnhaus Riga

Und auch wenn es ihm die Behörden derzeit nicht leicht machen, ist Josef Salvenmoser ein überzeugter Verfechter der Wiener Sozialpolitik. Er hofft, dass das Verfassungsgericht Ansätze wie in Oberösterreich einen Riegel vorschiebt. Unter der türkis-blauen Landesregierung wurde die Mindestsicherung mit 1.512 Euro gedeckelt. Ein vergleichbares Modell aus Niederösterreich wurde erst kürzlich vom Verfassungsgerichtshof gekippt.

Josef Salvenmoser findet mit der Mindestsicherung sein Auskommen, aber er weiß, dass es bei weitem nicht allen Bezugsbe-



Alleinerziehende mit ein bis zwei Kindern würden von der neuen Regelung profitieren, Familien mit mehr Kindern verlieren.

Das Wiener Rote Kreuz verteilt jährlich Pakete an Familien, die Mindestsicherung beziehen. In sozialen Foren macht sich Häme über die Betroffenen breit.

rechtigten ähnlich ergeht. Alleinerzieherinnen haben es besonders schwer, aber auch kinderreiche Familien könnten durch die Reformpläne finanziell spürbar unter Druck geraten. Josef Salvenmoser selbst lebt allein im Wohnhaus Riga, das der Samariterbund betreibt. Seine monatlichen Ausgaben sind überschaubar, seine Ansprüche bescheiden. Das Lesen, sein größtes Hobby, kostet ihn bei den Städtischen Büchereien ein paar Euro pro Jahr. In seiner Geldbörse trägt er stets seinen Kulturpass

mit sich, der ihm ermöglicht, regelmäßig Ausstellungen und Museen zu besuchen. „Danach gehe ich auch einmal einen Kaf-

DIE SCHULSACHEN SIND MARKENPRODUKTE UND SO GESTALTET, DASS SIE NICHT ERKENNBAR SIND.

fee trinken, aber mit Gutscheinen geht das nicht.“ Er spielt damit auf Forderungen an, die die Auszahlung der Mindestsicherung

in Bargeld zu reduzieren und dafür stärker in Form von Sachleistungen auszubehalten. So eine Regelung lehnt er allerdings ab. „Als ich das mit den 150 Euro im Monat gehört habe, von denen man angeblich auch leben kann, habe ich schon überlegt, ob ich in die Politik gehen soll“, sagt er. Sozialministerin Beate Hartinger-Klein hatte Ende Juli in einem Interview erklärt, dass man trotz geplanter Kürzungen von der Mindestsicherung leben könne. Und fügte auf Nachfrage hinzu, dass man, wenn einem die Wohnung bezahlt würde, auch von 150 Euro leben könne. Die Aussage hatte für einige Aufregung gesorgt.

Josef Salvenmoser, der mit seiner Vergangenheit zu kämpfen hat, fühlt sich einer Rückkehr in ein geregeltes Arbeitsleben derzeit jedenfalls nicht gewachsen. Er kocht für sich selbst, liest Bücher und schreibt Krimis. Wichtig sei, dass Menschen, denen nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, dennoch nicht ihre sozialen Kontakte verlieren und an einem öffentlichen Kulturleben teilhaben können. Wieviel die Teilhabe in Österreich kosten darf, wird sich herausstellen, wenn die Regierung ihre Reformpläne zur Mindestsicherung vorstellt. Dann fängt die Schule an und die heißen Tage dürften endgültig vorbei sein.

Ali Cem Deniz arbeitet beim Radiosender FM4. Sein Buch „Yeni Türkiye - Die neue Türkei“ erschien 2016 im Promedia Verlag.

Josef Salvenmoser lebt in einem Wohnhaus, das der Samariterbund betreibt. Mit der Mindestsicherung findet er sein Auskommen. AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien hätten es aber schwer.





TROTZ ARBEIT: LEBEN AM MINIMUM

Obwohl Mohammad, gelernter Apotheker aus Syrien, Arbeit in Österreich gefunden hat, reicht das Geld der vierköpfigen Familie nur, weil es durch die Mindestsicherung aufgestockt wird. Die Regierungspläne sehen indes weitere Kürzungen für Geflüchtete vor.

Text und Fotos: Marina Wetzlmaier

Als ich Mohammad und seine Familie vor zwei Jahren kennenlernte, hatten sie noch Hoffnung, Hoffnung, dass der Krieg in Syrien ein baldiges Ende nehmen würde. Hoffnung, dass sie zurückkehren könnten, in das Land, in dem sie alles verloren hatten. Mohammad arbeitete in seiner Heimatstadt als Apotheker, ein Beruf der ihm weite Befugnisse einräumte. „Anders als hier darf man in Syrien als Apotheker auch Spritzen geben“, sagt er schmunzelnd. Seine Frau Reeham ist Krankenschwester. Von ihrer derzeitigen Wohnung aus erblicken sie das Klinikum in Wels. Ein möglicher zukünftiger Arbeitsplatz? Noch ist die Familie nicht angekommen in dieser Stadt, zumindest nicht in ihren Gedanken. Sie sind zwar in Sicherheit vor dem Krieg, doch ihre Zukunft ist in Österreich noch lange nicht gesichert. Dabei haben sie Glück. Mohammad hat rasch Arbeit gefunden, wenn auch nur mit bescheidenem Einkommen. Wie viele Neuankömmlinge mit guter Ausbildung arbeitet er unter seinen Qualifikationen. Nur mittels Aufstockung

durch die Mindestsicherung reicht das Geld um die vierköpfige Familie zu versorgen.

Von Null beginnen

Mohammads Geschichte steht repräsentativ für den Hürdenlauf, den viele Flüchtlinge in Österreich durchleben: Die erste Hürde ist der Asylbescheid; ob er positiv oder negativ ausfällt, erfahren die Betroffenen oft erst nach Monaten, wenn nicht Jahren.

EINE STAATLICHE GRUNDSICHERUNG IST WICHTIG, UM MENSCHEN DEN NEUSTART ZU ERLEICHTERN.

Ist der Bescheid schließlich positiv, warten bereits die nächsten Sorgen: eine leistbare Wohnung zu finden, einen Job, möglicherweise eine Ausbildung. Schlicht gesagt, geht es darum, bei null zu beginnen, um sich und der Familie ein menschenwürdiges Leben aufzubauen. Eine finanzielle, staatliche Grundsicherung ist eine Voraussetzung, um den Menschen den Start in dieses neue Le-

ben zu erleichtern. Statt diese Menschen weiter zu unterstützen, rühmt sich die Bundesregierung jedoch damit, die Mindestsicherung für Flüchtlinge zu kürzen. Im Herbst soll eine bundesweit einheitliche „Mindestsicherung neu“ im Parlament beschlossen werden. Bisher war die Mindestsicherung Ländersache. Inspirieren ließ sich die Regierung in ihren Verschärfungen von Oberösterreich, wo Asylberechtigte mit befristetem Aufenthaltsrecht und subsidiär Schutzberechtigte seit der Gesetzesnovelle von 2016 mit maximal 560 Euro monatlich auskommen müssen. Für Familien ist die Mindestsicherung mit 1.512 Euro gedeckelt. Mohammad, Reeham und die beiden Kinder (ein und drei Jahre alt) leben mit einem Betrag, der knapp darunterliegt. Die Wohnung der Familie befindet sich im obersten Stockwerk eines Wohnblocks, in einer Gegend von Wels, die als sozialer „Hotspot“ verrufen ist. Vor dem Haus neben dem Parkplatz sitzt eine Gruppe von Menschen auf Klappstühlen, offensichtlich bereits angeheitert, Bierdosen stehen auf

dem Tisch. Auf dem Asphalt liegen Kinderfahrräder, umgeben von Zigarettenstummeln. Ein Einkaufswagen steht wie verloren vor der Eingangstür. So verwaht die Gegend rund um das Wohnhaus wirkt, so zeigt sich auch das Innere. Im Stiegenhaus ist es eng, Lift gibt es keinen. Musik und Fernsehlärm dringen hinter den Wohnungstüren hervor. Eine der Türen steht sogar offen und gibt modrigen Geruch frei. „Die Menschen hier trinken viel, aber sie sind freundlich“, sagt Mohammad über seine Nachbarn. Nur mit einem habe er Probleme. Einem alleinstehenden Mann, der ihnen immer wieder zuruft, doch nach Syrien zurückzugehen.

Gesetzesverschärfung

Die vierköpfige Familie lebt auf 37 Quadratmetern, bestehend aus einer Wohnküche, einem Schlafzimmer und einem kleinen Badezimmer. Miete: rund 320 Euro. Dazu kommen noch Strom- und andere Fixkosten für die Wohnung.

Der junge Familienvater war vor vier Jahren nach Österreich gekommen. Eher durch Zufall, wie viele Flüchtlinge, deren Ziel einfach nur Europa war. Die erste Überfahrt mit dem Boot von der Türkei nach Griechenland scheiterte. Auch beim zweiten Versuch kenterte das Boot, allerdings konnte die griechische Küstenwache die um ihr Leben kämpfenden Menschen aus dem Wasser retten und auf europäisches Festland bringen. Mohammad kann nicht schwimmen. Er war alleine unterwegs. Seine damals schwangere Frau harnte derweil in einem Flüchtlingslager in Jordanien aus. In einem Kleintransporter ging die Fahrt weiter Richtung Norden, bis der Fahrer Mohammad auf einer Autobahn aussetzte.

Nachdem er in Österreich einen positiven Asylbescheid erhalten hatte, bezog er die Wohnung und beantragte Mindestsicherung. Damals, vor der Gesetzesverschärfung, waren das knapp 900 Euro. Ein Jahr später kam seine Frau mit der kleinen Tochter mittels Familienzusammenführung nach. Da Reeham zunächst noch Geld aus der Grundversorgung für Asylwerbende erhielt, wurde die Mindestsicherung auf 600 Euro gekürzt. Somit hatten sie zu dritt genauso viel Geld zur Verfügung wie Mohammad zuvor als Einzelperson.

Im Februar 2016 fand er schließlich einen Teilzeitjob. Doch sein Einkommen deckt gerade einmal die Wohnungskosten ab und reicht kaum, um die Familie zu versorgen. Für die Kinder bekommt Reeham mittler-

DIE VIERKÖPFIGE FAMILIE LEBT AUF 37 QUADRAT- METER. 320 EURO MIETE, DAZU STROM UND GAS.

weile Familienbeihilfe und Kindergeld, der Rest, etwa 270 Euro, wird durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung aufgestockt. Somit kommen sie auf ein Einkommen, das knapp unter dem Deckel von 1.500 Euro liegt – ein Maximalbetrag, der für alle Familien gilt, egal ob man ein Kind hat oder mehrere. Das heißt: Würden Mohammad und Reeham ein drittes Kind bekommen, müssten sie mit demselben Betrag auskommen wie jetzt. Das heißt auch: Würden sie in eine größere Wohnung ziehen und dadurch höhere Mietkosten haben, müssten sie an anderer Stelle sparen. Mohammad und Reeham sind bescheidene Menschen und führen auch ein bescheidenes, unauffälliges Leben.

Mohammad und Reeham sind bescheidene Menschen und führen ein unauffälliges Leben.



Möbel über Spenden

Neben den Wohnungskosten gibt die Familie das meiste Geld für den grundlegenden Bedarf aus, wie Lebensmittel, Hygieneartikel, Kleidung und Windeln für die Kinder. Obwohl sie sparsam sind, bleibt am Ende kaum etwas übrig. Unvorhersehbare, größere Ausgaben wären für sie unbezahlbar. Ihre Möbel erhielten sie entweder über Spenden oder Second-Hand-Börsen. Auch in der Freizeit sind ihre Ausgaben auf ein Minimum beschränkt. Meistens gehen sie nur in den Park oder zum Spielplatz. Manchmal besuchen sie Freunde außerhalb der Stadt, die sie mit dem Zug erreichen. Auto besitzen sie keines, auch keinen Führerschein. Hätten sie ein Auto, wäre fraglich, ob sie überhaupt Mindestsicherung bekommen, da Vermögen grundsätzlich verwertet werden muss, um Anspruch zu haben. Dazu zählt auch das Auto, sofern es nicht beruflich gebraucht wird oder man zu abgeschieden wohnt, um das öffentliche Verkehrsnetz zu nutzen. Innerhalb der Stadt fahren Mohammad und Reeham mit dem Fahrrad oder mit dem Bus. Auch wenn sie jetzt noch über die Runden kommen, mit dem Alter der Kinder steigen auch die Ausgaben. Bald besucht die Tochter den Kindergarten, und obwohl dieser vormittags grundsätzlich gratis ist, müssen dennoch Materialbeiträge geleistet und Ausflüge bezahlt werden. Anspruch auf Wohnbeihilfe hat die Familie noch nicht, denn dazu müssen Nicht-EWR-BürgerInnen in Oberösterreich seit der Gesetzesverschärfung von November 2017 mindestens fünf Jahre rechtmäßig in Österreich gelebt und davon mindestens 54 Monate gearbeitet haben. Abgesehen davon müssen Deutschkenntnisse nachgewiesen werden, um Wohnbeihilfe zu erhalten.

„Integrationsbonus“ geschafft

Zumindest Deutschkenntnisse kann Mohammad bereits jetzt vorweisen. Er hat früh Kurse besucht und die Prüfung auf Niveau B1 abgelegt. Das entspricht etwa dem Deutschniveau nach dem Pflichtschulabschluss. Mittlerweile lernt er für die nächste Stufe, die B2-Prüfung, um sein Diplom anerkennen zu lassen. Auch den verpflichtenden Wertekurs für Asylberechtigte hat er absolviert – eine der Voraussetzungen, um in Oberösterreich die volle Mindestsicherung zu beziehen. Denn in den 560 Euro Mindestsicherung für Einzelpersonen ist bereits ein sogenannter „Steigerungsbetrag“ von 155 Euro enthalten, eine Art „Integrationsbonus“. Anspruch darauf haben nur jene Personen, die Deutsch- und Wer-



In Oberösterreich ist die Mindestsicherung mit 1.500 Euro gedeckelt, egal ob man ein Kind hat oder mehrere.

tekurse besuchen und „arbeitswillig“ sind. Festgelegt sind die Voraussetzungen in einer „Integrationserklärung“ mittels derer Asylberechtigte zu „Integrationsbemühungen“ verpflichtet werden. Bei Verstößen gegen diese Vereinbarung wird die Mindestsicherung um den Steigerungsbetrag gekürzt. Hätte Mohammad keine Kurse absolviert, müsste seine Familie mit weniger Geld auskommen.

Neue Höchstgrenze

Die Regierungspläne sehen ähnliche Voraussetzungen für die volle Mindestsicherung vor. Zukünftig soll es bundesweit eine Höchstgrenze von 863 Euro für Einzelpersonen geben. Der ursprüngliche Plan einer Deckelung von 1.500 Euro für Familien wurde fallen gelassen, nachdem der Verfassungsgerichtshof genau dieses Modell in Niederösterreich gekippt hat. Die oberösterreichische Deckelung soll nun ebenfalls vom VfGH geprüft werden, an den das Landesverwaltungsgericht einen Antrag gestellt hat. Laut Regierungsplänen haben Familien mit mehreren Kindern dennoch Nachteile. Denn der Betrag pro Kopf verringert sich mit steigender Anzahl der Personen, die in einem Haushalt leben. So soll eine Familie

für das erste Kind 25 Prozent des Richtsatzes erhalten, für das zweite 15 Prozent, für das dritte gar nur 5 Prozent.

Ähnlich wie in Oberösterreich sollen BezieherInnen der Mindestsicherung zunächst nur einen Basissatz bekommen, das wären 563 Euro. Um den Höchstbetrag von 863 Euro zu erhalten, hat die Regierung einige Hürden vorgesehen, getarnt unter dem Begriff „Arbeitsqualifizierungsbonus“. Den können nur Personen beanspruchen, die ei-

INTEGRATIONSERKLÄRUNG FÜR ASYLBERECHTIGTE: BEI VERSTÖßEN WIRD DAS GELD GEKÜRZT.

nen Pflichtschulabschluss in Österreich vorweisen oder Deutschkenntnisse auf Niveau B1. Drittstaatsangehörige und EU-BürgerInnen müssen ohnehin zunächst fünf Jahre warten bis sie Anspruch haben. Außerdem müssen sie eine „Integrationsvereinbarung“ unterschreiben und Wertekurse besuchen. Der Höchstbetrag von 863 Euro Mindestsicherung ist für die Länder zudem nur ein Richtwert, er darf zwar nicht überschritten werden, dafür bleibt die Grenze nach unten offen. Das heißt die Länder dürfen we-

niger Mindestsicherung ausbezahlen, wenn z.B. die Wohnkosten niedrig sind oder Teile der Vergütung in Form von Sachleistungen erfolgen.

Legt man das Rechenmodell der geplanten Mindestsicherung auf die Situation von Mohammads Familie um, ergibt sich ein Betrag von 1.553 Euro monatlich, also kaum mehr als die oberösterreichische Höchstgrenze. Vorausgesetzt die Familie erfüllt alle Kriterien. Eine Familie, bei der die Eltern keinen Pflichtschulabschluss haben oder nicht die geforderten B1-Deutschkenntnisse nachweisen können, würde nach dem geplanten Regierungsmodell nur noch 953 Euro monatlich erhalten. Für Mohammad und Reeham wird es noch lange dauern bis sie das Leben führen können, das sie ihren Kindern bieten möchten. Bis beide ihre Berufstätigkeit in Österreich ausüben dürfen, müssen sie ihre Ausbildungen anerkennen lassen und Zusatzprüfungen ablegen. Ein Prozess, der Zeit braucht.

Marina Wetzlmaier lebt in Wels und schreibt als freie Journalistin über gesellschaftskritische Themen, Integration und Soziales.



FILM

Eine Schmutzkübelkampagne

Als Kurt Waldheim 1986 als Bundespräsident kandidierte, spaltete er das Land. In „Waldheims Walzer“ rekonstruiert die Filmemacherin Ruth Beckermann einen denkwürdigen Wahlkampf.

Es ist die Sprache der Hände, auf die Filmemacherin Ruth Beckermann zu Beginn ihres Films eingeht. Der österreichische Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim steht auf der Rednerbühne und breitet die Arme aus, als wollte er seine Zuhörerschaft umarmen. Doch in seiner Körpersprache liegt auch etwas abwehrendes, das gar nicht zur Rolle des einenden Politikers passen will. Der Dokumentarfilm „Waldheims Walzer“, halb Essay, halb Chronik, lässt noch einmal die Ereignisse vor rund 30 Jahren Revue passieren. Es war ein Wahlkampf, der Österreich verändern sollte, freilich auf ganz andere Art, als die ÖVP es damals mit ihrem Kandidaten vorhatte. Eigentlich schien den Bürgerlichen ein Coup gelungen zu sein: Sie schickten den ehemaligen UN-Generalsekretär Kurt Waldheim ins Rennen und damit ei-

nen Mann von internationalem Format. In einem Interview sagt der Spitzendiplomat: „Ich hatte niemanden über mir.“ Später im Wahlkampf musste er sich aber doch unbequemen Fragen stellen: über Lücken und Ungereimtheiten in seiner Biographie, über

Historische Fakten versus die Geschichtsvergessenheit eines Präsidentschaftskandidaten.

seine Rolle im Krieg und im Nationalsozialismus. „Waldheims Walzer“ rekonstruiert präzise die Ereignisse rund um den Wahlkampf und zeigt, welche Reaktionen die damals behauptete „Schmutzkübelkampagne“ zeitigte. Ein wenig staatsmännischer Alois Mock ereifert sich über den World Jewish Congress und bewegt sich dabei gefähr-

lich nahe an jüdischen Verschwörungsszenarien. Auf dem Stephansplatz stehen sich Anhänger und Gegner Waldheims gegenüber, es wird gepöbelt und Ewiggestriges ist plötzlich wieder ganz aktuell. Sehr schön tritt in Beckermanns Dokumentarfilm zutage, was heute als Konsens gilt: dass damals die Aufarbeitung der NS-Geschichte Österreichs erst begann. Den Beteiligten war das offenkundig nicht klar, so verstrickt zeigen sie sich in dieser hitzig geführten Auseinandersetzung. Waldheims argumentative Linie erscheint heute hingegen glasklar – und ebenso falsch: Er habe „nichts gewusst“ und nur seine „Pflicht getan“, beides wurde zu geflügelten Worten. Waldheim wurde dafür „Jetzt erst recht“ gewählt. Aus heutiger Sicht fällt auf, wie wenig Interesse es auf Seiten der Verteidiger Waldheims gab, historische Fakten in die Diskussion einfließen zu lassen. Entgegen dessen Behauptungen war Waldheim sehr wohl am Balkan zugegen: Als Mitglied des Generalstabs der 12. Armee bereitete er für den berüchtigten General Alexander Löhr (1947 als Kriegsverbrecher hingerichtet) die Informationen auf. Wie die Archive zeigen, waren Judendeportationen, die tagelang in Thessaloniki stattfanden, sowie Erschießungen von ZivilistInnen hinter der Front, Teil der Kriegsführung. Aufnahmen von Juden und Jüdinnen, die auf einem Platz zusammengetrieben wurden, erzeugen eine überraschende Intensität, die den krassen Widerspruch zu Waldheims behaupteter Geschichtslosigkeit noch verschärft. Dass diese Haltung so viele UnterstützerInnen fand, die bereit waren, diesem Mann zu folgen, scheint nur aus der damaligen Zeit erklärbar. Gekonnt formulierten die Spin Doktoren von damals die Affäre Waldheim in die Verteidigung der Ehre Österreichs um. Eine Taktik, die heute in dieser Form wohl nicht mehr funktionieren würde, auch wenn es Versuche in diese Richtung gibt. Ein FP-Abgeordneter bezeichnete kürzlich jene Parlamentarier, die Aufklärung in der BVT-Affäre verlangen, und sich dabei von einem Bericht der Washington Post bestärkt fühlen, als „Nestbeschmutzer“. Insofern ist „Waldheims Walzer“ nicht nur als zeithistorisches Dokument zu betrachten. (gun)

„Waldheims Walzer“ ist ab 5. Oktober in den Kinos zu sehen.

FILM

Auf der Straße

Der Dokumentarfilm „Zu ebener Erde“ begleitet ein Jahr lang Menschen, die keine Wohnung haben. Eine Langzeitbeobachtung.

Zwischen Weihnachten und Neujahr, tiefster Winter. Aus einem verschneiten Holzhaufen schält sich eine Frau hervor. Sie schimpft, es ist bitterkalt. Mit einer Bürste kämpft sie sich durch die „Botanik“ in ihren Haaren, wie sie sagt. Sie ist eine Kämpferin, die erstaunlich unbeschadet und aus freien Stücken ein Leben außerhalb der Gesellschaft, an den Rändern der Stadt, im Freien führt. Später trifft man sie in einem Uni-Hörsaal wieder, wo sie einer Vorlesung über Klimawandel und Kochtechniken in Entwicklungsländern lauscht. Als sie sich zu Wort meldet, kritisiert sie die Re-Ökonomisierung des Westens, die denen, die es brauchen, eh nichts bringt.

Obdachlosigkeit hat viele Gesichter. Das ist eine der Erkenntnisse, die man aus der Langzeitbeobachtung „Zu ebener Erde“ zieht. Vier Jahreszeiten lang hat das Regie-Trio Birgit Bergmann, Steffi Franz und Oliver Werani verschiedene von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen begleitet. Nicht immer wird klar, welche Umstände sie in ihre Situation gebracht haben. Alkoholismus mag eine der Ursachen sein, aber es ist nicht die einzige. Unmerklich schält sich heraus, dass die Personen, die hier porträtiert werden, ihre ganz eigenen vertrackten Biographien haben. Der uniforme Blick auf „Obdachlose“ spaltet sich unweigerlich auf. Die Stadt wiederum präsentiert sich aus deren Perspektiven neu. „Zu ebener Erde“ möchte sein Publikum nicht mit möglichst umfassender Information versorgen. In manchen Momenten erinnert der Film auch an die Tradition des Direct Cinema, das sich primär für die Unmittelbarkeit des Moments interessierte und die Inszenierung der Bilder auf ein Minimum beschränkte. Immer wieder be-

zieht man sich hier aber auch direkt auf die Kamera. Bei einem Paar aus der Slowakei, die Frau sitzt im Rollstuhl, der Mann greift gerne zur Flasche, wollen die FilmemacherInnen offenbar wissen, wie die Frau auf die Straße gekommen ist. „Wie bist du auf die Straße gekommen?“, greift der Partner die

Unmerklich treten die Biographien der Menschen hervor.

Der uniforme Blick auf „Obdachlose“ spaltet sich auf.

Frage auf und stellt sie immer wieder an die Frau. Während er insistiert, verweigert sie die Antwort. Die Stimmung ist plötzlich gereizt, es wird einem klar, das Leben auf der Straße lässt einen Rückzug ins Private kaum zu. Auch nicht für Menschen, die

ab und zu den öffentlichen Raum mit einer Notschlafstelle tauschen.

Wie man mit der Stigmatisierung von Randgruppen wie Obdachlosen umgeht, ist unweigerlich eine der Fragen eines solchen Filmprojekts. „Zu ebener Erde“ findet eine gute Balance, auf die Originalität der Leute einzugehen, ohne sie vorzuführen. Dem Mann mit dem weißen Bart, der Pelzmütze und der verwaschenen Sprache sind wir ein dankbarer Begleiter. Schnaufend ist er bereit, sich seinem Publikum mitzuteilen. Wir hören ihm zu, wie das mit dem Pfand der Flaschen ist, die er einsammelt, oder sehen zu, wie er sich mühsam in einer Einrichtung auszieht, um zu duschen. Auch an seiner Person wird die Distanz zur übrigen Gesellschaft deutlich, etwa, wenn er in die U-Bahn einsteigt und von der Kamera mit feiner Ironie beobachtet wird. Da sieht man den alten Mann in der U-Bahn sitzen, den Körper nach vorne gebeugt, er ist eingeschlafen. Neben ihm sitzt jemand mit genau der gleichen Körperhaltung, doch der liest in seinem Handy. Und während der eine vielleicht nach Hause fährt, ist auch der andere unterwegs. (gun)

„Zu ebener Erde“ ist ab 28. September in den Kinos zu sehen.





Metallkonstruktionen an Laternenpfählen in der Museumsstraße in Innsbruck – um das Anhängen von Fahrrädern zu verhindern?

AUSSTELLUNG

Wem gehört die Stadt?

Der Fotograf Julius-Christian Schreiner hat für seine Serie „Silent Agents“ Objekte im öffentlichen Raum fotografiert, die Obdachlose fern halten sollen.

TEXT UND FOTOS: JULIUS C. SCHREINER

Über 50 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in Städten, Tendenz steigend. Die damit verbundene, international zu beobachtende Entwicklung, eventuellen Nutzungskonflikten durch Gestaltung oder Umgestaltung (zum Beispiel die Installation von Barrieren oder Abwehrvorrichtungen) zu begegnen, lässt sich mittlerweile in nahezu jeder westlichen Stadt nachweisen.

Die bereits in London, Paris und Hamburg begonnene Serie „Silent Agents“ zeigt verschiedene Formen dieser Interventionen im urbanen, (vermeintlich) öffentlichen Raum. Abhängig von den jeweiligen Gegebenheiten bzw. Anforderungen der verschiedenen Orte, lassen sich hierbei Unterschiede in der Zielsetzung, und damit der Ausgestaltung der entsprechenden Interventionen beobachten.

Die jeweiligen Verdrängungsprozesse sind hierbei zumeist homogen: Im Wettbewerb der Städte sollen saubere, und damit gefühlt sichere Konsumumgebungen geschaffen werden, welche sich im Endeffekt nur in ihren Ausführungen und aufgrund konkreter lokaler Faktoren unterscheiden. Dieses Muster ist ebenfalls in Innsbruck finden, wo die Serie aktuell fortgesetzt wurde.

Ähnlich dem von Bentham und Foucault beschriebenen Panoptikum werden die hier thematisierten Installationen zu sogenannten „Silent Agents“, da sie das Verhalten der Menschen ohne eine direkte Aktion der jeweiligen Autoritäten steuern.

Auf diese Weise wird das Verhalten subtiler beeinflusst, wobei die einzelnen AkteurInnen je nach sozialem, kulturellem und

wirtschaftlichem Kapital es unterschiedlich stark – wenn überhaupt – wahrnehmen. Ein Beispiel wäre hier eine Wartebank im U-Bahnhof, bei der die neuerdings vorhandenen Armlehnen für die Mehrheit, erst einmal, keinen Unterschied machen, für einen Obdachlosen jedoch eine Einschränkung bedeuten. Insgesamt lässt sich beobachten, dass marginalisierte Gruppen häufiger direkt betroffen sind, wobei die von KritikerInnen als „unpleasant design“ oder „hostile

architecture“ bezeichnete Entwicklung des öffentlichen Raums sich langfristig für uns alle negativ auswirken kann.

(Julius C. Schreiner)

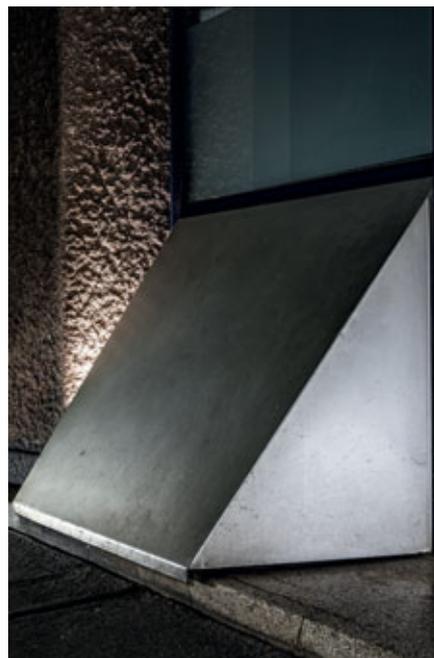
Die Arbeiten sind im Rahmen der Gruppenausstellung „Inn – Situ“ vom 02.10.2018 bis 26.01.2019 in der Focus Galerie des BTV Stadtforum Innsbruck zu sehen.

www.btv-fokus.at

www.juliuscschreiner.com



Zaun am Sill-Center in Innsbruck mit im Nachhinein installiertem „Aufsatz“ zur Unterbindung des Sitzens.



Installation, die das Verweilen auf dem Türabsatz verhindern soll.

INTERVIEW

„Integriert euch, aber ihr gehört nicht dazu“

Die „Causa Özil“ hat in Deutschland eine Debatte über Identität, Zugehörigkeit und Rassismus ausgelöst. In Österreich ortet der Soziologe Kenan Güngör eine Verschärfung des Identitätsdiskurses. Die Politik fordere Integration, aber warne zugleich vor einer pluralistischen Gesellschaft.

INTERVIEW: CLARA AKINYOSOYE

Ein Foto mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan hat dazu geführt, dass der deutsche Nationalfußballspieler Mesut Özil, zurückgetreten ist. Wie konnte das so eskalieren?

Es gab eine doppelte, sich überlagernde Verärgerung – eine politische und eine sozialpsychologische: Die Kritik, dass Özil, der in einer offenen, liberalen Gesellschaft aufgewachsen ist, mit Erdogan einen nationalistisch-islamistischen Autokraten miten im türkischen Wahlkampf unterstützt hat, ist demokratiepolitisch völlig berechtigt. Zudem hat es bei den Leuten einen Moment der narzisstischen Kränkung gegeben: In deren Augen hat Özil ihnen vermittelt, dass der türkische Präsident sein Präsident ist. Die Leute haben sich gesagt: Er hat doch hier alles bekommen. Und jetzt sagt er uns gerade, dass er eigentlich nicht zu uns gehört, dass wir ihm nicht gut genug sind. Das war zumindest die Empfindung. Diese Kränkung ist dann von den Rechtsparteien stark politisch instrumentalisiert

worden. Die Kränkung kann man möglicherweise sogar verstehen, aber die Antworten darauf sind falsch.

Özil beklagte auch, bei Spielern mit polnischen Wurzeln sei die Herkunft nicht so stark hervorgehoben worden wie bei ihm. Mit Blick auch auf Österreich: Wie schwierig ist es für türkischstämmige ÖsterreicherInnen tatsächlich als ÖsterreicherInnen wahrgenommen zu werden?

Die USA haben ein inkludierendes Identitätskonzept. Einwanderer sollen sich rasch zugehörig fühlen.

Menschen mit Migrationsbackground haben eine transnationale Identität. Solange die Beziehungen zwischen Ländern gut sind, sind auch transnationale Identitäten, unterschiedliche Zugehörigkeiten weniger eine Diskussion. Etwa wenn jemand Niederländerin und zugleich Österreicherin



Kenan Güngör studierte Soziologie und arbeitet als Organisationsberater und internationaler Experte für Integrations- und Diversitätsfragen. Er lebt in Wien, wo er auch das Forschungsbüro think.difference. leitet.

wäre. Das sind kompatible Zugehörigkeiten. Aufgrund von Polarisierung zwischen Ländern können sich kompatible Zugehörigkeiten zunehmend zu problematischen Zugehörigkeiten entwickeln. So einen Fall haben wir im Moment bei Türkeistämmigen. Als Erdogan sich zwischen 2004 und 2009 der Demokratie gegenüber offen gezeigt hat, war er der pro-europäische, muslimisch-konservative Führer und damals kompatibel, aber mittlerweile ist die Zugehörigkeit der Türkei inkompatibel. Dadurch wird es für Menschen, die sich auch mit dem Türkischen identifizieren, zunehmend schwieriger.

In den USA scheinen sich verschiedene Identitäten und Zugehörigkeiten besser zu ergänzen.

Es ist ein Unterschied, ob man sagt: Wir sind eine Gesellschaft von Einwanderern, oder man sagt: Wir waren vorher da, dann

In Österreich ist das anders: Je mehr ich mich als Österreicher fühle, desto mehr bin ich anderen gegenüber exkludierend.

sind die Anderen dazugekommen und stören unser Gemeinschaftsverständnis – das ist aber das Narrativ in Europa. Die größte Sorge der AmerikanerInnen ist, dass sich diese Menschen nicht zu den USA zugehörig empfinden. Deshalb sollen sie schnell die Staatsbürgerschaft und politische Rechte bekommen und aktiv an der Gesellschaft teilnehmen. Wir in Kontinentaleuropa sagen: Integriert euch, aber ihr gehört nicht dazu. Wenn es etwa um das politische Wahlrecht geht, oder darum, eine Religion zu etablieren, dann heißt es, ‚Ihr nehmt uns unser Land weg‘.

Warum ist das so?

Die US-AmerikanerInnen können so locker damit umgehen, weil sie wissen, dass das Amerikanisch-sein wahnsinnig attraktiv ist. Das ist emotional einladend. Sie betreiben eine sehr überzeichnete, pathetische Idealisierung. Dazu gehört der Verfassungspatriotismus und die Vorstellung, dass

man seines Glückes Schmied ist. Amerikanisch-sein ist Teil einer Popkultur. Es gibt eine ständige Einladung, Teil dieser idealisierten Zivilisationskultur zu sein. Weltweit wird dem amerikanischen Lebensstil nachgeeifert. Das ist der Grund, warum sie keine starke Assimilationspolitik betreiben möchten und sie sagen, dass jeder sein kann, was er will. Aber Fakt ist: Die Assimilation ist in den USA stärker als in vielen europäischen Ländern, weil sich die Leute viel stärker identifizieren und zugehörig fühlen.

Warum ist das in Österreich so anders? Gibt es das Gefühl, dass die eigene Kultur oder Identität nicht so attraktiv auf die Menschen wirkt?

Das hat mit exklusiven und inklusiven Identitätskonzepten zu tun. In den USA ist es ein inkludierendes Konzept. In Österreich ist das anders: Je mehr ich mich als Österreicher fühle, desto mehr bin ich anderen gegenüber exkludierend. Für Menschen, die nicht Teil davon sind, ist das emotional ausladend. In der Türkei gibt es ein inkludierend-assimilatives Zugehörigkeitsmodell. Vereinfacht gesagt: Wenn du sagst, du bist Türke, bist du Türke, egal woher du kommst. Wehe aber du verwehrst dich diesem kulturalistisch-homogenisierenden Einheitsideal und sagst, du bist zum Beispiel KurdIn, ArmenierIn oder AlevitIn und stehst für deren Rechte ein. Es ist zwar ein inkludierendes, aber zugleich ein repressives Assimilationskonzept, das verlangt, dass du alles nicht-türkische und sunnitisch-islamische an dir ablegst.

Özil hat auch die Problematik angesprochen, dass viele MigrantInnen oder deren Kinder sich nicht ganz angenommen und akzeptiert fühlen. Wie relevant ist das Thema bei türkischstämmigen ÖsterreicherInnen?

Wir haben viele Studien, die zeigen, dass sich die Kinder mit der Generation der Eltern und Großeltern identifizieren. Wenn man dann aber genau fragt, wie stark fühlst du dich als Türke oder Türkin, lautet die Antwort, sie fühlen sich zu 80 Prozent als



Kenen Güngör: sieht eine Verschärfung des Identitätsdiskurses auf beiden Seiten.

Türke/Türkin, aber auch zu 60 Prozent als Österreicher/Österreicherin. Auf jeden Fall kann man sagen, dass ein Großteil sich hier sehr wohl fühlt, weil vieles, was es in diesem Land gibt, wertgeschätzt wird. Das widerspricht dem Bild, das sonst oft gezeichnet wird. Aber tatsächlich spüren die Menschen auch, dass sie hier weniger gewollt sind und fühlen sich in Bezug auf Religion und Herkunft weniger angenommen.

Woran liegt das?

Zum einen spüren sie die gesellschaftlichen Verhärtungen. Und in einer Mediengesellschaft, wie wir sie kennen, muss man Diskriminierungen gar nicht 1:1 selbst erlebt haben. Allein, wenn andere mir über Diskriminierung berichten, die sie erlebt haben, wirkt sich das aus. Der Anteil an indirekten, oft auch medial vermittelten

Diskriminierungserfahrungen wächst. Der andere Punkt ist, dass wir eine unterschiedliche Wahrnehmung von positiven und negativen Erfahrungen haben. Auch wenn jemand in einem Jahr Tausend Mal un-

In einer Mediengesellschaft muss man Diskriminierung nicht 1:1 erlebt haben. Allein die Berichte wirken sich aus.

terstützt worden ist und dann einmal zum Beispiel als Schwarze oder Muslima ganz stark diskriminiert wurde, dann wiegt diese negative Erfahrung viel intensiver. Das geht uns allen so.

Sehen junge Menschen diese Mehrfachzugehörigkeiten als Belastung oder Bereicherung?

Viele sehen das gar nicht als Problem, oft gehen Kinder sogar sehr spielerisch damit um. Die sagen dann: Wenn ich in der Schule bin, bin ich der eine Mensch und zuhause bin ich wieder ein anderer Mensch. Aber es gibt auch viele, die darunter leiden, vor allem wenn es um inkompatible Zugehörigkeiten geht. Besonders bei Mädchen, die es oft schwerer haben, weil deren soziale Kontrolle deutlich höher ist. Wenn ein Mädchen zum Beispiel nicht oder nur sehr kontrolliert ausgehen darf, oder es ein riesenproblem ist, dass sie einen Freund hat. Das ist für sie dann sehr widersprüchlich und mitunter sehr schmerzhaft.

Die Vorstellung von österreichischer Identität könnte sich ja theoretisch ändern. Sehen Sie die Chance, dass wir zu einem Diskurs über ein inklusiveres Identitätskonzept kommen?

Ich sehe gegenwärtig auf beiden Seiten wenig Anzeichen dafür, sondern eher Anzeichen für eine Verschärfung. Die Politik warnt gegenwärtig eher vor einer pluralistischen Gesellschaft. Sie sagt, wir müssen uns selbst schützen, damit reagiert sie auf ein vorgestelltes Bedürfnis in der Gesellschaft, in der sich Menschen fragen: Wenn die alle schon ÖsterreicherInnen sind, wer sind dann eigentlich wir noch wir? Deshalb versuche ich immer zu unterscheiden zwischen gesellschaftlichen Anliegen und deren politischer Instrumentalisierung. Denn natürlich kann man auf Anliegen wie dieser auch andere Antworten finden. Was man bei allem nicht vergessen darf, ist, dass es solche polarisierenden Identitätskonzepte auch in Teilen der MigrantInnengruppen selbst gibt.

Auf Ihrer Website erwähnen Sie zwar nicht ihre Staatsbürgerschaft, beschreiben sich aber als deutschsprachiger Europäer mit kurdisch-türkischen Wurzeln. Warum so viele Ebenen?

All das und vieles mehr macht mich aus. Wenn ich eines davon auslassen würde, zu Gunsten einer vermeintlichen Eindeutigkeit, wäre das ein Ausblenden wichtiger Teile meiner Vielfalt. Man darf sich nicht auf das entweder-oder verkürzen lassen. Diese Friss-oder-Stirb-Mentalität war bei Gesellschaften, die wenig Mobilität hatten, möglich. Aber das ist ein Paradigma des vergangenen Jahrhunderts, das einen hohen Blutzoll verlangt hat.

BUCH

Die Internet-Zerstörer

Facebook und Google sind nicht nur nützliche Dienste, sondern verbreiten als Massenmedien Hass und Lügen im globalen Netz. „Change the Game“ ist ein lesenswertes Buch über die Gefahr, die von den Billionen-Konzernen ausgeht.

INTERNET DEMOKRATIE
STEUERFLUCHT PLURA-
**KRATIE HASS LÜGEN MO-
PLURALISMUS** INTERNET
GEN MONOPOL STEU-
DEMOKRATIE HASS LÜGEN

Wie sich die Zeiten ändern. Noch vor Jahren stand man Facebook kritisch gegenüber, weil die Freunde, die man auf dieser Plattform sammelte, doch nicht ernsthaft als „Freunde“ bezeichnet werden könnten. Kritik wie diese mutet heute vergleichsweise harmlos an. Seit Jahren stehen Facebook, Google & Co wegen ihrer globalen, marktbeherrschenden Monopolstellung im Fokus. Den Konzernen wird einiges vorgeworfen: die Liste reicht von Steuerflucht über deren problematische technologische Vorrherrschaft (konkurrierende Unternehmen werden einfach aufgekauft) bis zu den berüchtigten Algorithmen, die den User, statt das Blickfeld zu erweitern, in der immer selben Meinungsblase schwimmen lassen. In ihrem aufschlussreichen Buch beleuchten Corinna Milborn und Markus Breitenecker diese Problemfelder. Ihre These: Konzerne wie Google und Facebook repräsentieren nicht das Internet, sie zerstören es. Grundgedanke ist, dass es sich bei den Billionen-Konzernen um Projekte handelt, die ökonomisch Monopolbildungen anstreben, demokratiepolitisch eine Gefahr darstellen und zudem die europäischen Medienhäuser an die Wand drücken. Diese lieferten hingegen noch fröhlich „Content“ für Facebook und Co, um ihre Reichweiten zu erhöhen. Während sie



Von der demokratiepolitischen Hoffnung zu dessen Alptraum. Wie das Internet von Konzernen gekapert wurde.

die Social Media kostenlos mit Inhalten füttern, würden sie selbst an deren satten Gewinnen nicht beteiligt. Ob es sich bei Projekten wie Facebook überhaupt noch um

Monopol statt Wettbewerb: die Firmenideologie aus dem Silicon Valley hinterlässt auch im Internet selbst ihre Spuren.

Social Media handelt, hinterfragt das Autorentduo. Schon lange würden Redaktionen Inhalte ebenso betreuen und programmieren wie es herkömmliche Medien tun. Solange der Gesetzgeber darauf nicht reagie-

HASS LÜGEN MONOPOL
**LISMUS INTERNET DEMO-
NOPOL STEUERFLUCHT**
DEMOKRATIE HASS LÜ-
ERFLUCHT INTERNET
MONOPOL STEUERFLUCHT

re, entziehen sich die Billionen-Konzerne jedoch einer Medienregulierung, die Misere ist damit prolongiert. Besonders interessant ist die Argumentation von „Change the Game“ vor dem Hintergrund rechtspopulistischer Parteien in Europa, deren Zuwächse sich wie in einem Doppelspiel mit in sozialen Foren verbreiteten Ressentiments ausnehmen. Die Algorithmen von Social Media sorgen dafür, dass User vor allem mit Postings Gleichgesinnter versorgt werden. Damit wird das Internet als demokratisierende, pluralistisch angelegte Gemeinschaft konterkariert. Statt Meinungsaustausch und dem Wettbewerb der Ideen, wie er in Demokratien stattfindet, werden die eigenen Meinungen wie in einem Schalltrichter verstärkt. Das kann dramatisch enden, wie der Abdruck eines Kapitels aus „Change the Game“ zeigt: Ein Wiener, der seine Informationen offenbar nur noch aus den eigenen Facebook-Peergroups bezieht, glaubt an eine Medienverschwörung und polizeiliche Nachrichtensperre, wenn es um geflüchtete Menschen geht, und schickt Corinna Milborn ein Hate Mail, in der er ihr eine „Gruppenvergewaltigung“ durch Asylwerber wünscht. Milborn ließ sich davon nicht einschüchtern und kontaktierte den Mann – mit einem Ergebnis, das einem zu denken gibt. Etwas muss sich ändern in diesem Medienspiel. (red)

Change The Game / Kapitel 6:

Das Geschäft mit Hass, Lügen, Propaganda.

Die zerstörerische Wirkung unregulierter Mediengiganten

„Bei uns mitten in Wien werden Frauen auf der Straße vergewaltigt, aber darüber verlieren Sie kein Wort in den Nachrichten! Da halten sich alle an die Nachrichtensperre und schweigen brav! Damit machen Sie sich mitschuldig! Ich wünsche Ihnen, dass Sie am Heimweg überfallen und von einer wildgewordenen Horde Afrikaner vergewaltigt werden, dann merken Sie vielleicht einmal was los ist mit Ihren Kulturbereicherern! Oder wir sind Sie gleich für immer los, das wäre noch besser!“

Dieser Wunsch, ich möge am Heimweg vergewaltigt und womöglich auch getötet werden, erreicht mich per Facebook-Messenger im Sommer 2016. Die österreichische Bundespräsidentenwahl geht gerade in die zweite Runde. Die Stichwahl ist aufgehoben, die Umfragen stehen 50:50, der Wahlkampf schleppt sich in einen langen, zähen Sommer, der das Land in zwei Lager spaltet (...) Der Absender der unfreundlichen Nachricht heißt Thomas S., auf seinem Profilfoto steht er vor einem Griller und hält glücklich eine Wurst in die Kamera. Bunt gestreiftes T-Shirt, Ray-Ban, Glatze. „Von welcher Nachricht glauben Sie, dass sie unterdrückt wird? Und was denken Sie sich eigentlich dabei, wenn Sie mir schreiben, Sie wünschen mir eine Gruppenvergewaltigung und den Tod?“, schreibe ich zurück. Wie oft in diesen Fällen folgt eine erschrockene Entschuldigung. Menschen, die andere im Internet beschimpfen, rechnen nicht damit, dass eine echte Person antwortet – weil sie einer echten Person nie ins Gesicht sagen würden, was sie in die Tasten dreschen, wenn sie nachts allein und wütend vor dem Computer sitzen. Thomas S. wird in den folgenden Nachrichten also bedeutend höflicher, aber er besteht auf seinem Vorwurf: Bei ihm in einem Wiener

Außenbezirk sei vor zehn Tagen eine junge Frau von einem Nigerianer vergewaltigt worden, und niemand berichte darüber. „Es gibt eine Nachrichtensperre! Und alle Medien halten sich daran! Sie ja auch!“ Ich wende ein, nie von dem Fall gehört zu haben. „Sogar die Polizei hat eine Nachrichtensperre verhängt! Sie dürfen nichts veröffentlichen, wenn der Täter schwarz ist! Damit sie nicht rassistisch sind! So führt man die Bevölkerung hinters Licht!“

Der Vorwurf, die Polizei würde Nachrichtensperren über Verbrechen von Ausländern verhängen, ist aus der Luft gegriffen –

Nachrichtensperren über Verbrechen von Ausländern: der Vorwurf ist aus der Luft gegriffen.

aber er ist nicht neu. Ich erkläre Thomas S., dass es so eine Sperre nicht gibt, und überprüfe die Polizeimeldungen. Der Fall existiert nicht. Thomas S. besteht darauf. Die Vehemenz, mit der er das entgegen aller Argumente verteidigt, interessiert mich. Wie kommt jemand zu dermaßen festen Vorstellungen über meine Arbeit und lässt sich von mir selbst nicht davon abbringen? Ich biete an, mir das persönlich anzuhören, er schreibt: „Ich muss wegen einer Verletzung zu Hause bleiben, aber ich lade Sie gerne ein, es wäre mir eine Ehre.“

Ein paar Stunden später stehe ich also vor dem Haus des Mannes, der mir am Vortag noch eine Gruppenvergewaltigung und den Tod gewünscht hat, und läute. Es ist eine Reihenhaussiedlung in Donaustadt, einem Wiener Außenbezirk. Der Vorgarten ist akkurat mit verschiedenfarbigen Kieselsteinen dekoriert, an der Tür hängt ein grüner Kranz, darüber eine Videokamera. Kinderfahrrä-



Die Journalistin Corinna Milborn erhielt ein Hassmail und stellte den Urheber zur Rede.

der lehnen innen am Zaun. Es ist das durchschnittlichste österreichische Familien-Reihenhaus, das man sich nur vorstellen kann. „Es tut mir wirklich leid“, sagt Thomas S. als Erstes. Er ist groß und trainiert, Glatze, ein Drachentattoo am Arm, rosa Polohemd und eine Krücke – Sportverletzung. Während er mir in der grün gestrichenen offenen Küche einen Kaffee aus der Nespresso-Maschine drückt, erklärt er mir, wie sich das Leben in seinem Bezirk verändert hat: überall Kriminelle, man traue sich nicht mehr auf die Straße, er bringe seine Tochter mit dem Auto in die Schule und hole sie täglich ab. Er zählt eine lange Liste an Verbrechen auf, die quasi vor seiner Haustür geschehen sind. Keines davon kommt mir bekannt vor, obwohl ich selbst in der Gegend wohne – in der ich mich noch nie unsicher gefühlt habe. Das bedrohlichste, das mir bisher in diesem Bezirk passiert ist, sei seine Nachricht, erkläre ich ihm. Er stellt mir den Espresso hin, klappt den Laptop auf und sagt: „Ich zeige Ihnen das.“

Facebook-User haben im Durchschnitt um die 350 Freunde. Jeder zweite drückt zusätzlich bei Marken und Unternehmensseiten auf „Gefällt mir“. Würde Facebook wie vor 2006 einfach alle Nachrichten aller dieser Freunde und Seiten anzeigen, wäre das wenig attraktiv – deshalb wählt der Algorithmus aus, was in den Newsfeed kommt. Er lernt, was den User zur höchsten Interaktion und Zeit auf Facebook verleitet – und gibt ihm mehr davon. So entstehen Filterblasen. Wer sich für Katzen interessiert, wird sich innerhalb weniger Tage auf Facebook in einer Welt mit Myriaden verschie-



Medienmacher Markus Breitenacker warnt vor Filterblasen, düsteren Zerrbildern der Realität.

denen Katzen wiederfinden und mit Hundethemen keinerlei Berührung haben. Wer sich für Briefmarken interessiert, der wird den Eindruck haben, dass die ganze Welt sein Hobby teilt (aber kaum mehr mit Hobbykonditoren Kontakt pflegen).

Und wer öfters auf Nachrichten von Rechtsextremen reagiert, wird die Welt vorgeführt bekommen, wie Rechtsextreme sie sehen – und sonst kaum mehr etwas: Denn der Algorithmus sucht nicht nur ähnliche Postings aus, auf die man schon mal geklickt hat – er belohnt noch dazu Postings, auf die auch viele andere reagieren, und je wütender etwas macht, umso mehr Reaktionen zieht es nach sich. „Angry people click more“. Wütende Menschen klicken öfter. Das Ergebnis sind Filterblasen voller Wut, die ein düsteres Zerrbild der Realität liefern.

Diese Welt sehe ich auf dem Laptop von Thomas S. Nachdem er zehn Minuten mit mir durch seinen Newsfeed gescrollt ist, merke ich selbst den Einfluss des Nachrichtenstroms auf meine Stimmung. Man könnte meinen, dass draußen auf der Straße gleich ein Bürgerkrieg ausbricht: Raub. Messerstecherei. Raub. Mord. Radikaler Prediger. „Merkel muss weg.“ Mord. „Deutschland erwache“. Massenschlägerei. 80 Prozent der Postings drehen sich um Verbrechen von Ausländern, der Rest um „Islamisierung“, die Unfähigkeit der Regierungen (vor allem von Angela Merkel) und Kritik an Medien, die mit der Politik unter einer Decke stecken sollen. Dazwischen ein paar deutsch-nationale und ein paar österreich-patriotische Parolen, wehende Fahnen auf

Berggipfeln, Frauen mit blonden Zöpfen, Nachrichten aus dem Universum von FPÖ und AfD, Wahlwerbung für den FP-Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer, aber auch das eine oder andere Hakenkreuz, bei dem S. verschämt schneller scrollt.

Es ist ein Newsfeed wie eine Propaganda-Postille eines Rechtsextremen – auf dem Laptop eines Familienvaters, der so gar nicht wirkt wie ein ideologisch gefestigter Neonazi. Nach mehreren hundert Meldungen findet Thomas S. das Posting, das Anlass seiner unfreundlichen Nachricht an mich war: Es ist ein Screenshot einer Zeitungsmeldung. Eine junge Frau wurde am Bahnhof von einem Nigerianer vergewaltigt, zu sehen ist ein Symbolbild. Geteilt wurde das Foto von einer Frau namens Isabella Huber in einer geschlossenen Gruppe, versehen mit einer Reihe zorniger Emojis und dem Text: „Mitten in Floridsdorf! Jetzt vergewaltigen die Eindringlinge vor unseren Haustüren unsere Frauen und keiner berichtet darüber!“ Darunter wütende Kommentare. Einer der Kommentatoren hat bei einer Tageszeitung nachgefragt, die nichts gehört

Hate-Mail-Verfasser: Fake-News aufgesessen und schließlich selbst zur Zielscheibe geworden.

hatte. Eine zweite beschließt, jetzt nicht mehr U-Bahn zu fahren, der Bahnhof Floridsdorf sei nicht mehr sicher. Ein anderer will wissen, dass die Polizei aus „Political Correctness“ eine Nachrichtensperre über den Fall verhängt hätte, und dass „die Medien“ ihn verheimlichen.

Mir kommt als Erstes seltsam vor, dass eine Frau die Formulierung „unsere Frauen“ verwendet. Thomas S. kennt die Frau, sagt er, sie sei aus dem Nachbarbezirk – er habe sie zwar noch nie außerhalb von Facebook gesehen, aber sie teile immer wieder Dinge aus der Nähe, er vertraue ihr. Das Profil zeigt nur ein paar Urlaubs- und Hundefotos, der Name ist zu häufig, Google spuckt nichts Relevantes aus – als wir aber ihr Profilfoto in eine umgekehrte Bildersuche eingeben, landen wir auf einem russischen Dating-Portal und fünf weiteren Seiten, die dasselbe Foto verwenden. Das Facebook-Profil wurde erst im Februar 2016 erstellt.

Es ist ganz offensichtlich ein Fake-Profil. Thomas S. ist irritiert. Als nächstes googeln wir den Text der Nachricht – der erste Treffer zeigt: Die Vergewaltigung hat tatsächlich stattgefunden – aber nicht in Wien Floridsdorf, sondern in Augsburg.

Das Verbrechen in seiner Nachbarschaft, von dem Thomas S. zutiefst überzeugt war, dass Polizei und Medien es böswillig verschwiegen hätten, hat hier nicht stattgefunden. Die vermeintlichen Vertrauenspersonen, die davon und von der Polizeisperre berichtet hatten, waren nicht echt. Zu den Entschuldigungen gesellt sich nun bei Thomas S. ein gewisser Schock über sich selbst. Ich empfehle ihm, sein Nachrichtenuniversum etwas zu erweitern und wieder auf Profis zu vertrauen, die die Fakten überprüfen, bevor sie sie veröffentlichen. Der Besuch endet zumindest freundschaftlicher, als er mit der Nachricht begonnen hat.

Wir haben Thomas S. nun, eineinhalb Jahre später, noch einmal kontaktiert. Für ihn war das Erlebnis einschneidend: Er folgte zunächst meinem Rat, auch ein paar Seiten aus anderen politischen Richtungen und ein paar Medien zu abonnieren. Er begann, Meldungen in seinem Newsfeed zu überprüfen und stieß auf immer mehr Fälschungen und Verdrehungen. Einige Tage lang versuchte er, in seinen Facebook-Gruppen und Freundeskreisen auf die Fehler hinzuweisen. „Ich bin dann selbst Opfer von Angriffen geworden, die nicht mehr lustig waren“, erzählt er uns. „Und als ich gemerkt habe, wie sehr mich das trifft, war es mir noch unangenehmer, dass ich wegen des Fakes damals mit der Vergewaltigung in Floridsdorf mehrere Journalisten und Politiker beschimpft habe – mit meinem ganzen Namen und mit voller Überzeugung. Ich habe mich dann nach zwei, drei Monaten von Facebook abgemeldet. Ich habe es nicht mehr ausgehalten. Meine Frau war sehr dankbar – ich bin wieder ein umgänglicher Mensch geworden.“ Was wäre passiert, wenn ich nicht persönlich bei ihm aufgetaucht wäre? „Ich hätte Ihnen nicht geglaubt. Ich bin da dermaßen dringesteckt, dass es wie eine eigene Welt war.“

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Brandstätter Verlags.

PORTRÄTREIHE

Aller Anfang ist Arbeit

Ankunft, Arbeit, Alltag – über die schwierige Jobsuche geflüchteter Menschen und warum Unternehmen Flüchtlinge einstellen.

REPORTAGE UND FOTOS: MILENA ÖSTERREICHER

Kleben, schweißen, nieten, verschrauben, restaurieren – das gehört zum Arbeitsalltag des braungebrannten Mannes, der im schwarzen Arbeitsoverall in der PAPPAS-Autowerkstatt im 21. Bezirk steht. Essam Hasan ist Karosseriebautechniker, kümmert sich quasi um die Außenhaut eines Autos. Er ist glücklich mit seiner Arbeit. Es war ein harter Weg dorthin.

Wie alles begann

Im November 2015 kam Essam Hasan nach Österreich. 2012 floh der damals 30-Jährige aus seiner Heimatstadt Aleppo, der zweitgrößten Stadt Syriens, vor dem Krieg. Er ging zuerst zu einem Freund in die Türkei. „Eine schlimme Zeit“, wie er heute sagt. Schwarzarbeit, alles schwierig, das Geld reicht knapp zum Leben. Ein älterer Bruder ist bereits in Österreich. Essam beschließt ihm zu folgen. Die Fluchtroute führt ihn über das Meer nach Griechenland, drei Stunden auf dem 6-Meter-Schlauchboot, 36 Menschen darauf, 1000 Dollar pro Person, große Angst. Am Festland angekommen, geht die Route weiter durch Mazedonien,



Essam Hasan, hatte Glück. In seinem Wohnheim lernte er Ümit Mares-Altinok von der Unternehmensberatung „kultur&gut“ kennen. Über das Caritas-Projekt „step2job“ gelang der Job-Einstieg.

Serbien, Kroatien, Slowenien und schließlich Österreich: Graz und dann Wien. Acht Tage hat es gedauert, mit Bus und Zug sowie zu Fuß.

„Ich mag meine Arbeit sehr“, sagt der Karosseriebautechniker. „Und ich kann endlich kaufen, was ich möchte.“

Ein Jahr wartet der Syrer auf seinen positiven Asylbescheid. Er macht Deutschkurse bis B1, meldet sich beim AMS, schickt unzählige Bewerbungen. Wenn überhaupt Antworten kommen, dann nur Absagen

mit dem Hinweis, dass er keinen Lehrabschluss hat. In Aleppo arbeitete er seit seinem 16. Lebensjahr als Autospengler. Über zwanzig Jahre Erfahrung, aber kein Papier, das es ihm Schwarz auf Weiß bestätigt. So wie Essam Hasan ergeht es vielen Flüchtlingen in Österreich. Im Frühjahr 2018 waren über 30.000 anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte beim AMS arbeitslos gemeldet. Sobald eine Person in Österreich Asyl oder subsidiären Schutz erhält, hat sie freien Zugang zum Arbeitsmarkt. Während des Asylverfahrens dürfen Asylsuchende nicht arbeiten, außer sie bekommen eine Beschäftigungsbewil-



ligung, die de facto aber meist nur für Saisonarbeit wie etwa in der Landwirtschaft erteilt wird, und das auch nur, wenn für die Stelle kein/e ÖsterreicherIn oder andere/r EU-BürgerIn zur Verfügung steht. Asylverfahren können sich oft bis zu zwei Jahre oder länger hinziehen. Viel Zeit, die verstreicht. Ist der Asylbescheid endlich da, gibt es manchmal immer noch Hindernisse am Weg zum Job: Es mangelt an ausreichenden Sprachkenntnissen, manche Geflüchtete leiden an Traumata, Zeugnisse und Abschlüsse können nicht anerkannt werden, die Personen verfügen über kein soziales Netzwerk, das ihnen bei der Jobsuche hilft.

Essam Hasan hatte Glück. Er kam schnell mit vielen Menschen in Kontakt. In seinem Wohnheim lernte er Ümit Mares-Altinok, die sich dort ehrenamtlich engagierte, kennen. Mares-Altinok betreibt die Unternehmensberatung „kultur & gut“, bietet Trainings und Coachings im Bereich Migrationsmanagement an und versteht sich als „Kulturdolmetscherin“.

Hasan nimmt am „step2job“-Projekt der Caritas teil, das beim (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt hilft. Auch Mares-Altinok unterstützt dort. Sie lernen jeden Tag zusammen Deutsch, machen Ausflüge, sprechen viel miteinander. Sie bekommt die vielen Jobabsagen mit. „Da ist mir eingefallen: Hey, mein Bruder ist auch so ein Autofreak und hat Bekannte in einer Werkstatt. Vielleicht lässt sich da zumindest ein Arbeitstraining organisieren, damit Essam mal etwas in der Hand hat“, erzählt die Unternehmensberaterin. Gesagt, getan. Im Juli 2017 beginnt der 36-Jährige ein Pro-

Vielen Geflüchteten fehlt der Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft, um Deutsch in der Praxis zu lernen.

bemonat in der Wiener Werkstatt PAPPAS. Nach einer Woche dann der Anruf: „Den geben wir nicht mehr her, der ist der Beste!“ Seither ist Hasan angestellt und arbeitet Vollzeit. „Ich mag meine Arbeit sehr, alle Leute hier sind nett und hilfsbereit“, sagt der Karosseriebautechniker. Es hätten sich auch schon Freundschaften in der Arbeit gebildet. „Ich kann endlich kaufen, was ich möchte, auch mal Urlaub machen, und muss vor allem nicht vom Sozialamt leben und immer nur zuhause sitzen“, berichtet er.

Idris Inanc, Kundendienstberater bei PAPPAS, der Hasan schließlich an sein Unternehmen vermittelte, lobt seinen Kollegen: „Er ist ein guter Mensch. Arbeitet sehr genau, kommt immer pünktlich, hat tolle Fachkenntnisse und ist im Team gut angekommen.“ In Syrien habe es besonders viele japanische Marken gegeben, erzählt der Syrer. Ansonsten unterscheide sich seine Arbeit hier nur darin, dass in Österreich schneller Teile ausgetauscht würden, in Syrien mehr repariert wurde. Von 7:30 Uhr bis 16 Uhr ist er wochentags täglich in der

Werkstatt. Und danach? „Genießt er derzeit sein Single-Leben“, flüstert Inanc grinsend. Essam Hasan ergänzt schnell: „Ich besuche gerne meinen Bruder, gehe durch die Stadt spazieren und ich liebe es zu fotografieren.“

Von Hürden und Bürden

Natürlich habe es anfangs sprachliche Schwierigkeiten gegeben, erzählt Idris Inanc. Online-Übersetzungsprogramme und Türkisch, das sowohl Inanc als auch Hasan sprechen, hätten geholfen. „Und der Essam hatte von Anfang an immer einen Block dabei, um sich die neuen deutschen Fachbegriffe aufzuschreiben“, ergänzt Inanc.

Von unzureichenden Deutschkenntnissen hört auch Ümit Mares-Altinok in ihren Gesprächen mit Unternehmen. „Viele Geflüchtete haben den einen oder anderen Kurs besucht, aber oft sind dazwischen lange Pausen aufgrund des fehlenden Angebots. Und es fehlt der Kontakt zur sogenannten Mehrheitsgesellschaft, um die Sprache in der Praxis anwenden und erweitern zu können“, sagt die Coachin. Ideen, um dieses Problem zu lösen, hätte Mares-Altinok viele. „Ich denke zum Beispiel an eine App, die diverse Freizeitangebote gebündelt anzeigt. Es gibt zum Beispiel vom ÖAMTC Gratis-Fahrradkurse für Migrantinnen oder Museen bieten immer wieder Kurse für Geflüchtete an, nur weiß das niemand.“

„Seit ich die Sprache gut kann, fühle ich mich angekommen“, sagt Essam Hasan. Davor sei es schwierig gewesen sich allein zurechtzufinden. Schon Kleinigkeiten, wie den richtigen Zug und den dazugehörigen Bahnsteig herauszufinden, wurden da schwierig. „Ich wohne jetzt auch mit einem Österreicher zu zweit in einer WG. Das hilft mir sehr“, berichtet er.

Eine weitere Herausforderung bei der Anstellung von geflüchteten Menschen sei das I-Tüpfelchen-Reiten der Bürokratie, meint Beraterin Ümit Mares-Altinok. „Viele können ihr Studium nicht nostrifizieren lassen oder keinen Lehrabschluss vorweisen.“ Trotzdem würden sie oft gute Fachkenntnisse mitbringen. „Ich empfehle den Unternehmen: Lernt die Person einmal kennen und seht euch an, wie sie arbeitet. Danach kann man immer noch entscheiden“, sagt Mares-Altinok. Manche Firmen würden sich darauf einlassen, andere nicht. Für PAPPAS gab es keine administrativen



Laut einer Deloitte-Umfrage sieht die Mehrheit der befragten Unternehmen es als ihre Verantwortung, einen Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen zu leisten.

Hürden. „Essam hat alles organisiert und mitgebracht“, sagt Inanc.

Als Essam Hasan durch die Werkstatträume führt, wird er von allen Seiten begrüßt. Kollegen klopfen ihm kameradschaftlich auf die Schulter. „Fesch bist!“, sagt die Dame hinter dem Empfangstisch während der Fotoaufnahmen lächelnd.

Warum hat PAPPAS einen Flüchtling eingestellt? „Weil wir gute Menschen sind“, sagt der Chef schmunzelnd vom Nachbartisch. Laut einer Deloitte-Umfrage, an der sich Anfang des Jahres 186 Personen aus österreichischen Unternehmen beteiligt haben, sieht die Mehrheit der befragten Unternehmen es als ihre Verantwortung, ihren Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen zu leisten. Im Sommer 2016 wurde die Befragung schon einmal durchgeführt, damals erklärten sich zwei Drittel der Unternehmen bereit einen Flüchtling anzustellen, doch nur ein Prozent setzte dies in die Tat um. Aktuell aber beschäftigen bereits 31 Prozent der Befragten geflüchtete Personen.

Aus der Umfrage geht auch hervor, dass sich die Unternehmen einfache und klare Regelungen von Seiten des Gesetzgebers sowie zusätzlich eine begleitende Beratung wünschen. Von diesem Wunsch weiß auch Petra Endl von ABZ* AUSTRIA. Das Non-Profit-Unternehmen für Gleichstellung am Arbeitsmarkt hat gemeinsam mit der Cari-

Eine Studie der Paris School of Economics besagt: Die Wirtschaft profitiert durch die Neankömmlinge.

tas der Erzdiözese Wien im Sommer 2017 das Pilotprojekt „inclusion@work“ gestartet. Es unterstützt die Integration asylberechtigter bzw. subsidiär schutzberechtigter Frauen am Arbeitsplatz und bietet kostenlose Beratung für Unternehmen und Begleitung im Integrationsprozess geflüchteter Frauen im Unternehmen. Manchmal komme es zu kulturellen Missverständnissen, erklärt Petra Endl. Zum Beispiel bei flachen Hierarchien: „Nur weil man am

ersten Tag mit allen per Du ist, heißt das nicht, dass alles locker gehandhabt wird, wie etwa Zuspätkommen.“ 112 Unternehmen aus Wien und Niederösterreich nehmen derzeit am Projekt teil.

„Es ist wichtig immer positiv zu bleiben“, sagt Essam Hasan. Er spricht mit ruhiger Stimme, formuliert einwandfreie Sätze, überlegt oft einen Moment bevor er antwortet. Neben Arabisch, Kurdisch und Deutsch spricht er auch Türkisch sowie etwas Griechisch. „Ich liebe die griechische Aussprache. Die ist schön.“ Später einmal möchte er in Griechenland Urlaub machen. „Viele Leute kennenlernen und Arbeit finden, das ist das Wichtigste, was ich anderen Flüchtlingen mitgeben kann“, sagt er.

Seit drei Jahren führt das österreichische Arbeitsmarktservice (AMS) eine Kontrollgruppe von 9500 anerkannten Flüchtlingen oder subsidiär schutzberechtigten Personen. Von diesen Menschen hatten Ende April 2018 30 Prozent eine Beschäftigung, 49 Prozent waren ohne Job oder in Schulung und die restlichen 21 Prozent waren nicht erwerbsfähig.

Gute Zeichen

Und wie sieht die Situation wirtschaftlich aus? Anfang des Sommers veröffentlichten WissenschaftlerInnen der Paris School of Economics im Magazin „Science Advances“ eine Studie über die wirtschaftliche Entwicklung 15 westeuropäischer Länder – darunter auch Österreich, das durch die Balkan-Kriege viele ZuzüglerInnen aufnahm – im Zeitraum von 1985 bis 2015. Ergebnis: Die Wirtschaft profitiert, wenn sich die Menschen dauerhaft im Land niederlassen. Die Neankömmlinge kompensieren die anfänglichen staatlichen Kosten wie Mindestsicherung oder Ausbildungskosten später durch Steuern und Ausgaben. Zudem sind ZuwanderInnen meist junge Erwachsene, die weniger auf staatliche Leistungen angewiesen seien als ältere Personen. In der Regel würden beim vermehrten Zuzug von MigrantInnen innerhalb von zwei Jahren die Arbeitslosenquote sinken und die Wirtschaft wachsen, bei Flüchtlingen setzen diese positiven Effekte laut Studie im Schnitt nach fünf Jahren ein. Zudem stellten die Studienautoren fest, dass die Wirtschaft der Länder, die MigrantInnen und geflüchtete Menschen aufnahmen, sich deutlich positiver entwickelte als jene, die eine restriktivere Migrationspolitik betrieben.

In Österreich wird laut einer aktuellen Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

bis 2020 die Zahl der Arbeitskräfte durch Geflüchtete um 0,5 Prozent ansteigen, die Zahl der Arbeitslosen könnte sich um zwei bis vier Prozent erhöhen. Die OECD fordert die Länder auf, Menschen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit schon früh in den Arbeitsmarkt zu integrieren, das hieße auch Arbeitsmarktzugang schon während des Asylverfahrens zu gewähren. Dies würde zu einem besseren Integrationserfolg bei Flüchtlingen und deren zweiter Generation führen.

Wird die PAPPAS-Autowerkstatt mehr geflüchtete Menschen anstellen? „Es spricht nichts dagegen“, sagt Idris Inanc, „Allen, die fleißig sind, stehen unsere Türen offen.“ Auch bei der Deloitte-Umfrage können sich 91 Prozent der Firmen, die bereits einen Flüchtling beschäftigen, gut vorstellen weitere geflüchtete Menschen einzustellen. Gemeinsam mit dem Flüchtlingshochkommissariat UNHCR hat die OECD einen Zehn-Punkte-Aktionsplan entwickelt, um die Beschäftigung von Flüchtlingen zu fördern. Darin werden Best-Practice-Beispiele beschrieben, wie das deutsche Arbeitgeber-Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“. Es gibt Tipps, wie MitarbeiterInnen und Vorgesetzte vorbereitet werden können, wie Diversitätsmanagement funktioniert und welche Unterstützung geflüchtete ArbeitnehmerInnen brauchen. Dem Netzwerk gehören mittlerweile 1800 Firmen in ganz Deutschland an. Oder die kanadische Einwanderungsbehörde, die einen Leitfaden für ArbeitgeberInnen erstellt hat mit Informationen über das syrische Bil-

dungssystem, sozioökonomische Merkmale syrischer Flüchtlinge oder verfügbare finanzielle Anreize für Firmen, die Geflüchtete einstellen. In Italien vergibt das UNHCR Italien ein „Welcome. Working for Refugee Integration“-Logo an Unternehmen, die die Arbeitsmarktintegration fördern. Die Firmen können diese Auszeichnung als Marketing-Instrument nutzen. Aus Österreich wird die Jobmesse „Chancen:reich“ hervorgehoben. Die Berufsmesse für Geflüchtete fand 2016 in Wien statt und brachte 90 Aussteller sowie 3500 Flüchtlinge und Asylsuchende zusammen.

Zehn-Punkte-Aktionsplan von UNHCR und OECD: soll die Beschäftigung geflüchteter Menschen fördern.

Einer, der momentan keine Jobmesse braucht, ist Essam Hasan. Auf dem Rückweg von der hinteren Werkstatt ins Büro wird der Syrer langsamer, bleibt stehen und formuliert folgenden Wunsch: „Können Sie bitte schreiben: Ein großes Danke an Österreich und seine Menschen! Sie waren immer nett zu mir. Ich bin dem Land und den Leuten sehr, sehr dankbar.“

Milena Österreicher arbeitet als freie Journalistin und unterrichtet Deutsch als Fremdsprache. Sie übersetzt aus dem Spanischen ins Deutsche. Sie hat Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Transkulturelle Kommunikation in Wien und Madrid studiert. www.milenaoesterreicher.com

Können Sie bitte schreiben: Ein großes Danke an Österreich. Essam Hasan.



IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger, Muamer
Becirovic, Ali Cem Deniz, Nour Khelifi, Milena
Österreicher, Martin Schenk, Julius-Christian
Schreiner, Philipp Sonderegger, Karin Wasner,
Marina Wetzlmaier

BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

COVERBILD: Eva Vasari

LEKTORAT: Magdalena Summereder

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung

der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright

nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien

liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.



IM PORTRÄT: BINATIONALE PAARE

Natalie und Clive

FOTO UND TEXT: KARIN WASNER

Natalie (27) und Clive (31) lernten sich vor drei Jahren in Goa kennen. Natalie war nach ihrem Bachelor zur Ergotherapeutin auf einer zehnmönatigen Asienreise, Clive machte gerade Urlaub mit einem Freund. In einem Guesthouse waren sie Zimmernachbarn. Zehn Tage verbrachten sie gemeinsam, dann nahm Clive sie mit zu seiner Familie nach Kerala. „Aber nur als „eine“ Freundin.“ Dann musste Clive wieder zurück zu seinem Hotelmanagement-Job in Abu Dhabi. „Dieser Goa Urlaub hat mein Leben total verändert, auf einmal war nichts mehr wie vorher.“ Fünf Monate später trafen sie sich wieder für einen Monat in Thailand. „Unser erster Honeymoon,“ lacht Natalie. Ab da war klar, dass sie zusammenbleiben

wollen. Clive kündigte seinen Job und kam mit Touristenvisum für drei Monate nach Österreich um danach wieder für drei Monate nach Indien zu gehen, um alle Papiere für die Hochzeit zu organisieren. „In Indien ist Dokumente zu bekommen furchtbar mühsam und langwierig. Da wartet man schon mal zwei Monate auf ein einziges Papier.“ Mit den übersetzten Dokumenten wurde drei Tage nach seiner Rückkehr nach Österreich geheiratet. In dem kleinen, burgenländischen Dorf, in dem Natalies Großmutter wohnt. Für Clives Familie wurde die Zeremonie auf Video aufgenommen. „Meine Schwester war anfangs skeptisch. Sie hat mir schon eine Frau ausgesucht und ein Date organisiert.“ Auch die indische Großfamilie war enttäuscht: Nor-

malerweise wird in Indien eine große Party für 600 Leute geschmissen, die mehrere Tage dauert. Auch Natalies Oma war anfangs unsicher. „Mittlerweile ist er ihr absoluter Liebling!“ Clive hat schnell Deutsch gelernt und inzwischen Arbeit in einer Hotelbar gefunden. Trotzdem muss er immer wieder um Aufenthalt ansuchen und nachweisen, dass beide genug verdienen, um ihr Leben bestreiten zu können. Was er an Indien vermisst, kommt wie aus der Pistole geschossen: „Das gute Essen! Und meine Freunde.“ Inzwischen haben die beiden eine kleine Tochter namens Finya, die dreisprachig aufwächst und bald Deutsch, Englisch und Malayalam sprechen wird. Im August hat sie zum ersten mal ihre indischen Großeltern kennengelernt.

POPULÄR GESEHEN

Unsichtbares sichtbar machen

Anamnesen im Versorgungshaus - die Dissertation von Maria Jahoda wurde erstmals in Buchform veröffentlicht.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Sie ist das Kind eines Webers und einer Fabrikarbeiterin. Unehelich geboren in Brünn. Als sie elf Jahre alt ist, stirbt ihre Mutter, der Vater geht weg auf Arbeitssuche. Sie wohnt bei einer Frau, die sie für das Bett bezahlen muss. Auf Vermittlung ihrer Bettfrau arbeitet sie einige Jahre in einer Fabrik. Sie verdient nicht viel mit Wolle klaben. Als sie 19 Jahre alt ist, kündigt ihr die Bettfrau, weil sie den Platz braucht. Das Mädchen findet zuerst einen Job als Hausgehilfin, geht dann nach Wien, wo sie in einer Greißlerei arbeitet. Dort bekommt sie außer dem Essen keinen Lohn. Sie lernt einen Wiener Buchdrucker kennen, bekommt mit ihm zwei Kinder, er stirbt, als das zweite drei Wochen alt ist. Da ist sie 24 Jahre alt. All das erzählt sie – jetzt 74-jährig – der Studentin Maria Jahoda, die für ihre Dissertation in Wiener Versorgungshäusern Interviews führt. Es ist das Gespräch mit Frau „F 15“, das die junge Sozialwissenschaftlerin 1931 in einer von vier Einrichtungen der Wiener Armenversorgung aufzeichnet. Die Arbeit gibt Auskunft über Lebensläufe und Lebensverhältnisse der unteren Klassen in der Zeit von 1850 bis 1930. In den Versorgungshäusern verbrachten Männer und Frauen ihren Lebensabend, wenn sie chronisch krank, pflegebedürftig und mittellos waren. Die nun erstmals in Buchform veröffentlichte Dissertation trägt den Titel „Anamnesen im Versorgungshaus. Ein Beitrag zur Lebenspsychologie“. Maria Jahoda forscht am psychologischen Institut bei Charlot-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

te Bühler, die sich der entwicklungspsychologischen Erkundung der menschlichen Lebensphasen verschrieben hat. Da blitzt auch erstmals Jahodas besonderer Blick auf: „Nicht beweisen, sondern entdecken, das Unsichtbare sichtbar machen“. Ihre Interviews sind offen, sie bemüht sich um Erzählfluss, dazwischen gibt es Ergänzungsfragen. Die beste Zeit ihres Lebens war, als sie jung war, sagt die alte Frau im Versorgungshaus. Die schwerste Zeit, als der Mann gestorben ist. Sie hatte dann nie mehr freie Zeit, nicht gelesen, nicht getanzt, kein Theater. Stress, Druck, Arbeit, Abhängigkeit und Armut prägten den Alltag. Wenn sie noch einmal auf die Welt käme, möchte sie am liebsten allein und ruhig leben. In den Geschichten der 52 Männer und Frauen spiegeln sich die sozialen Verwerfungen eines Jahrhunderts mit allen lebensweltlichen Verstrickungen wieder. Die hohe Sterblichkeit der Kinder, die miesen Arbeitsverhältnisse ohne soziale Sicherung, die sozial-ständische Ordnung, aber auch das unbändige Ringen um Unabhängigkeit und Lebensfreude der Interviewten. In der Dissertation wird bereits Jahodas Stärke sichtbar. Ihr neugieriger und beobachtender Blick auf die konkrete Lebenswelt. Und ihr Interesse für reale Probleme von Menschen, die nicht im Licht stehen. Als Maria Jahoda ihre Dissertation abgibt, ist sie bereits in ein neues Projekt involviert: Einer Studie über Arbeitslose in einem Dorf südlich vor Wien, in Marienthal.

SONDERECHE

Kanonenfutter

Künftig sollen sich StreifenpolizistInnen als „First Responder“ mit TerroristInnen messen.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Marc Roth klatscht in die Hände bevor er beginnt. Roth ist gerichtlich beeidigter Sachverständiger für militärische und polizeiliche Schusswaffen – und Prokurist des deutschen Waffenherstellers Heckler & Koch. Beim Europäischen Polizeikongress in Berlin Anfang 2017 referiert er über die Gefahren des internationalen Terrorismus. Und dass seiner Meinung nach die Polizei auch reguläre Streifen militärisch ausrüsten sollte. Wie praktisch, beim Produktstand der Firma kann das Publikum die Sturmgewehre gleich in die Hand nehmen. Auch eine Abordnung des österreichischen Innenministeriums. Zufall oder nicht, zum Jahresende kündigte das Innenministerium einen Strategiewechsel an. Künftig sollen auch gewöhnliche StreifenpolizistInnen den Kampf mit TerroristInnen aufnehmen. Ob im Fall von Exekutionskommandos wie in Paris oder LKW-Angriffen wie in Nizza – AngreiferInnen sollen so schnell wie möglich erschossen werden, noch bevor zahlreiche zivile Todesopfer zu beklagen sind. Doch der erhoffte Sicherheitsgewinn könnte sich als Schuss ins Offenrohr erweisen.

Bislang sicherte die erste eintreffende Polizeistreife lediglich den Tatort und wartete dann auf Spezialeinheiten wie WEGA und Cobra. Gerade in der Großstadt sind diese ohnehin in wenigen Minuten vor Ort. Seit kurzem hat nun jeder Wiener Streifenwagen die Ausrüstung von KombattantInnen an Bord: ballis-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

tische Helme, Splitterschutzwesten und ein Sturmgewehr vom Typ Steyr AUG 3A. Was beim Kräfteressen mit einem militärisch geschulten Terrorkommando jedoch fehlt, ist die Kleinigkeit der erforderlichen Ausbildung und Schulung. Schon bald könnte ein Streifenwagen auf ein Terrorkommando treffen. Bei einem „Pariser Szenario“ wäre der/die Sturmgewehr-Schütze/in nicht nur personell in der Unterzahl und schlechter ausgebildet, seine/ihre Waffe hätte außerdem nicht die Feuerkraft der Kalaschnikows der TerroristInnen. Im besten Fall könnte er/sie die Übermacht ein paar Minuten räumlich binden. (Gegen LKW-Angriffe gelten ohnehin Poller als die verlässlichere Variante.)

Dem steht ein nicht unerhebliches Risiko für Polizeibedienstete sowie Unbeteiligte gegenüber. Im schlimmsten Fall kann so ein überhasteter Waffengang die Zahl der Todesopfer noch erhöhen. Eine Vergleichsstudie zwischen Norwegen und Schweden illustriert das. Norwegische Polizeieinsätze gegen Bewaffnete enden für alle Beteiligten signifikant glimpflicher. Da norwegische Polizisten keine Waffe bei sich tragen, greifen sie häufiger zu gelinderen Taktiken. Kommen Schusswaffen zum Einsatz, dann besser vorbereitet und mit überlegener Feuerkraft. Im deutschen Nordrhein-Westfalen haben die PersonalvertreterInnen ähnliche Pläne des Innenministers daher auch als „lebensbedrohlich“ kritisiert.

Gefühlter Rassismus

Wenn von Rassismus die Rede ist, wird oft betont, Menschen fühlten sich rassistisch beleidigt. Rassismus ist aber nicht subjektiv und um Gefühle geht es dabei nicht.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoje ist Journalistin bei ORF.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Kürzlich konnte die breite Öffentlichkeit Rassismus in seiner reinsten Form beobachten: Claudia Schmidt, die EU-Mandatarin der ÖVP, hatte ihren Gedanken zum Thema Einwanderung auf Facebook freien Lauf gelassen. Was da heraus kam, las sich so: „Es ist kindlich naiv zu glauben, dass ausgerechnet diejenigen Menschen, deren Kulturen nichts anderes produzieren als Leid, Verfolgung, Unterdrückung und Perspektivlosigkeit, einen positiven Beitrag für Europa leisten können. Afrikaner wollen nicht wie wir Europäer denken und arbeiten, aber gerne wie wir leben.“ Zudem schrieb sie AfrikanerInnen und MuslimInnen Gewaltbereitschaft und hohes Aggressionspotential zu und beendete ihre Tirade nicht, ohne die Kolonialzeit zu verharmlosen.

Nach Kritik auch aus der eigenen Partei veröffentlichte sie eine Stellungnahme – letztlich nur die Mimikry einer Entschuldigung. Sie gestand zwar eigene Vorurteile ein, griff aber zugleich auf in solchen Fällen typische Formulierungen zurück: Sie „entschuldigte“ sich bei allen, die sich durch ihr Posting „verletzt gefühlt haben“ sowie „für die unpassende und falsche Wortwahl“.

Wenn von Rassismus die Rede ist, wird oft betont, Menschen fühlten sich verletzt, fühlten sich rassistisch beleidigt, fühlten sich diskriminiert. Als ob Rassismus ein Problem des Betroffenen, lediglich eine subjektive Sache sei, eine Frage individueller Befindlichkeiten, eine Frage der Gefühle eben. Aber um Gefühle geht es hier

nicht, sondern um Fakten. Regelmäßig zeigen Studien, dass Menschen aufgrund ihres Namens, ihrer Hautfarbe oder Ethnie diskriminiert, rassistisch behandelt werden – auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, auf der Straße, bei Polizeikontrollen. Rassistische Handlungen werden täglich gesetzt. Objektiv rassistisch ist es etwa, einer Familie vorzulügen, eine Wohnung sei schon vergeben, weil die Leute Schwarz sind, und danach eine weiße Familie zur Besichtigung einzuladen.

Die Schlechterstellung von Menschen aufgrund ihrer Zuordnung zu konstruierten, pseudo-natürlichen Gruppen kann Betroffene zwar subjektiv schmerzen, ist aber objektiv rassistisch. 1.216 Milliarden Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem Kontinent abzusprechen, einen positiven Beitrag für Europa leisten zu können, ist Ausdruck einer biologistischen, hierarchisierenden, menschenverachtenden Ideologie, kurz gesagt: Rassismus in Reinform. Daher hätte Schmidt nicht über die Gefühle von anderen, sondern über ihren eigenen Rassismus sprechen sollen. Das hätte sich etwa so gelesen: „Ich möchte mich für meinen rassistischen und beleidigenden Text über AfrikanerInnen und MuslimInnen entschuldigen. Allen Betroffenen sage ich, es tut mir leid, so wie allen, die von meinen entsetzlichen Worten hier auf Facebook oder durch Medienberichte erfahren haben. Vorurteile sitzen tief und ich werde diese Erfahrung zum Anlass nehmen, um mich mit den meinigen auseinanderzusetzen.“

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler porträtiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

KOLUMNE: NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

Auf Tunesien-Urlaub

Die Tickets für den heurigen Tunesien-Urlaub wurden bereits im Winter gebucht, die unzähligen Koffer sind gepackt, die noch unzähligeren Geschenke für Verwandte wurden natürlich als erstes eingepackt und jetzt warten nur noch mehr eine 18-Stunden-Autofahrt plus 21-Stunden-Schiffsfahrt auf uns. Zeit genug also, mich innerlich auf eine andere Mentalität einzustellen und all das, was hier in Österreich gerade schief läuft, und womit ich tagtäglich zu kämpfen habe, zu vergessen. Falsch gedacht.

Die internationale Ausländerin

Der Tunesien-Urlaub ist immer wieder spannend für mich. Dort merke ich jedes Mal, wie österreichisch ich eigentlich bin, während ich hier in Österreich manchen nicht österreichisch genug bin. Welche Ironie. Vor der Abreise habe ich sogar Lebkuchen gegessen. Bei 30 Grad. Im Juli. Ich bin österreichischer als Ihnen lieb ist, Herr Bundeskanzler.

Dabei gibt es in Tunesien ganz viele Situationen, welche die Wienerin in mir triggern, auch wenn ich mir jedes Mal vornehme, bei diesem Urlaub einfach meine tunesische Facette zum Vorschein zu bringen. Bei Rot stehen bleiben? Fehlgeschlagen. Ob Rot, Gelb oder Grün, den Ampeln wird dort nicht annähernd soviel Aufmerksamkeit geschenkt wie hier. Trotzdem hat sich eine Art ungeschriebenes Gesetz der Verkehrsregeln entwickelt, das wir Außenstehende nie begreifen werden. Den Bäcker

dümmlich fragen, ob das Brot noch eingewickelt wird? Dann ernte ich verständnislose Blicke, bis es beim Gegenüber klick macht und schnippische Kommentare über mein Ausländer-Dasein gemacht werden. Als Entgegenkommen wird mir Zeitungspapier gereicht, weil meine mittlerweile abendländischen Hände das noch heiße Baguette kaum halten können. Bin ich jetzt unangepasst? Unintegriert? Verweigere ich damit die tunesische Leitkultur?

„Sie kommt aus Europa!“

Leiwand, denk ich mir. In Österreich wirst du als Ausländerin abgestempelt, in Tunesien auch. Die Art wie ich rede, mich verhalte, reagiere, ja selbst wie ich aussehe – alles schreit nach „Sie kommt aus Europa!“ Warum entscheiden andere darüber, wo ich mich dazugehörig fühlen darf? Ich suche mir aus, wo ich dazugehören will, nicht umgekehrt, selbst wenn ich mich zehn Nationen gleichzeitig verbunden fühle. Darüber kann niemand richten, beurteilen oder sonst was. Nachdenklich bleibe ich an einer Straßenkreuzung stehen, wo anscheinend einmal ein Zebrastrifen war. Eine gefühlte Ewigkeit stehe ich so da, weil ich im österreichischen Modus bin. Bis sich ein Autofahrer meiner erbarmt, stehen bleibt, sich rauslehnt und mehr feststellt als fragt, ob ich nicht von hier bin. Ich möchte gerne auf Wienerisch kontern, aber das steht außer Frage. Würde ich versuchen, das in den tunesischen Mischmasch aus Arabisch und Französisch zu übersetzen, kann ich mich gleich eingraben gehen, weil mich dann die

ganze Straße auslachen würde. Und dann die komplette Ortschaft. Und dann werde ich endgültig als die Verrückte aus Wien abgestempelt, die nicht mal reden kann. Dann suder ich doch lieber in Wien. Denn da ist mein Großgosccherttum einwandfrei. Aber zurück in Wien muss ich mir wieder angewöhnen, bei Rot stehen zu bleiben und nicht mir-nichts-dir-nichts über die Straße zu rennen. Wir sind ja schließlich in Österreich und da macht man sowas nicht!!1!!11!!1!!

P.S.: Wenn Sie diese Kolumne lesen, stehe ich wahrscheinlich in Tunesien am Straßenrand und warte, bis irgendein Auto gnädig genug ist anzuhalten. Bis dahin hoffe ich, dass sich in Österreich eine Rücktrittskultur entwickelt und Kurz & Co zurücktreten. Wenn die unbedingt einen Sozialstaat zerschlagen möchten, dann bitte am eigenen Monopolybrett. Danke.

SPOTLIGHT

Gebt nicht auf!

Laura Kövesi war als oberste Korruptions-Staatsanwältin Rumäniens lange die Zielscheibe der Politik. Ein umgefärbtes Verfassungsgericht verfügte nun ihre Entlassung.

PORTRÄT: EVELYN STEINTHALER

Am 9. Juli 2018 war es dann soweit, die Chefin der Antikorruptionsbehörde (DNA), Laura Kövesi, wurde nach einem Urteil des regierungsnahen Verfassungsgerichts entlassen. In einer bis dahin ungeahnten Dimension hatte die Staatsanwältin fünf Jahre lang die Politik ins Visier genommen. Kövesi ließ gegen Regierungsmitglieder, Premierminister, Abgeordnete und Beamte ermitteln, deckte jährlich Schmiergeldzahlungen in der Höhe vieler Hundert Millionen Euro auf. Bei der Bevölkerung war sie äußerst beliebt, gab den Menschen das Vertrauen zurück, dass der von Korruption geschüttelte Staat doch kein Selbstbedienungsladen sei. Und dass in Rumänien, dem zweitärmsten Staat der EU, Korruption kein natürlicher Teil des Verwaltungsapparats ist. Es war ein eigener Kampf, den auch die Zivilgesellschaft gegen die Politik führte, als sie wochenlang auf dem Victory Square demonstrierte, um gegen die lange schon von Politikern vorbereitete Entlassung Kövesis zu protestieren. Es war schließlich der Vorsitzende der SDP, einer Sammelpartei der ehemaligen Nomenklatura, Liviu Dragnea, der gegen Kövesi klagte und bis zum Verfassungsgericht ging. Staatspräsident Klaus Johannis hatte seine Unterschrift verweigert und erst nach Monaten dem Druck der Regierung nachgegeben. Dann war es soweit, der politische Einfluss auf die Justiz, die bröckelnde Gewaltenteilung, ist dabei nicht zu übersehen. Es war ein Revanchefoul Dragneas. Kövesi hatte gegen ihn ermitteln lassen, Dragnea wurde vorgeworfen, sich bei der Vergabe



Laura Kövesi, deckte jährlich hunderte Millionen Schmiergelder auf.

von öffentlichen Aufträgen in großem Stil bereichert zu haben, dafür Urkunden gefälscht zu haben. Ermittelt wurde auch wegen Wahlmanipulationen und anderem mehr. Die Verfahren laufen, dem vorbestraften Politiker kosteten sie eine Kandidatur als Premierminister.

Kampf gegen Windmühlen

Mittlerweile läuft, ähnlich wie in Ungarn und Polen, eine so genannte Justizreform. Einspruchsfristen wurden verkürzt, das Personal des Verfassungsgerichts teils ausgetauscht, freundlich gesonnene Staatsanwälte bestellt, das Gesetz zur Korruptionsbekämpfung gelockert. Gegen Maßnahmen wie diese erwies sich Laura Kövesi als unbestechliche Kraft. Die ehemalige Profi-Basketballspielerin Kövesi, 1973 im transilvanischen Sfântu Gheorghe geboren, hatte sich schon früh dem Thema gewidmet. Die Tochter eines Staatsanwaltes studierte Jus und schrieb bereits ihre Dissertation über organisierte Kriminalität. Im Jahr 2016 brachte die Arbeit ihrer Antikorruptionsbehörde 660 Millionen Euro an veruntreu-

ten Geldern ein. Das Finanzministerium sei aber ausgesprochen lax bei der Eintreibung dieser Gelder, sagte Kövesi in einem Interview. Nur 10 Prozent dieser Summe würden eingefordert, während Verurteilte nach ihrer Haft in ihre Luxuskarossen steigen und in ihre Luxusanwesen zurückkehren würden. Statt dessen fuhren Politiker Verleumdungskampagnen gegen Kövesi und andere StaatsanwältInnen. Man warf ihr vor, das Image Rumäniens in Interviews mit ausländischen Medien zu beschmutzen. Der frühere Premierminister Rumäniens, Victor Ponta, verunglimpft Kövesi als „unprofessionell“ und „geltungssüchtig“. Ponta stand selbst unter Korruptionsverdacht, die Behörde ermittelte wegen Steuerhinterziehung, hochdotierten Beraterverträgen für staatliche Unternehmen, Fälschungen und Geldwäsche. Nach öffentlichen Protesten trat er im Mai 2015 als Premier zurück. Das Verfahren gegen ihn endete im Mai 2018 mit einem Freispruch. Nicht wenige sehen darin einen Beleg für die längst verwischten Grenzen der Gewaltentrennung, zwischen Exekutive und Justiz. Und Kövesis Arbeit wirkte einmal mehr wie der Kampf gegen Windmühlen. Kövesi, die selbst äußerst aktiv war und auch mit NGOs kooperierte, um in der Bevölkerung ein Bewusstsein gegen Korruption zu schaffen, quittierte ihre Entlassung unbeirrt: „Korruption kann besiegt werden, gebt ja nicht auf!“, teilte sie der Öffentlichkeit mit. Ihre Abberufung sei vielmehr der Beweis, dafür, dass die Politiker Schutz vor dem suchen, was sie getan haben, tun oder zu tun gedenken. (red)

POPULÄRKULTUR

BUCH



Das Ringen um Religionsfreiheit

70 Prozent aller Menschen weltweit leiden unter einer teils massiven Einschränkung ihrer Religionsfreiheit, schreibt die Autorin im Vorwort ihrer Dissertation, die bei der Katholisch-theologischen Fakultät

der Uni Wien eingereicht und vom LIT Verlag in Wien publiziert wurde. In Anbetracht der Anfeindungen, die Muslime und Musliminnen immer wieder erfahren, stellt Irene Klissenbauers Arbeit einen lesenswerten Beitrag zur Frage, wie es sich um das Recht auf Religionsfreiheit als zentralem Teil der Menschenrechte verhält. Klissenbauer befragt dazu die Möglichkeiten der christlichen und islamischen Religionen und der Rechtswissenschaft, miteinander in einen Dialog zu treten. Dazu, betont die Autorin, sei eine theologische Reflexion des Rechts auf Religionsfreiheit von Seiten der Religionen selbst unbedingt erforderlich, „da diese in liberalen Gesellschaften die Grundlage ihrer eigenen zivilen Freiheiten

darstellt...“ Dass das UN-verbrieftete Recht auf Religionsfreiheit auch das Recht auf Weltanschauungsfreiheit („Freedom of Religion and Belief“) umfasst, ist dabei ein wichtiger Hinweis und Teil dieser Arbeit, weil damit das grundlegende Freiheitsrecht angesprochen wird, die Welt auf selbstbestimmte Weise, also etwa religiös, atheistisch oder auch agnostisch wahrzunehmen. Interessant auch, über welche theologischen Denker sich Klissenbauer ihr Thema verhandelt. Aus christlicher Sicht zieht sie die Lehren des katholischen Theologen John Courtney Murray (1904-1967) heran, der wesentlichen Einfluss auf das Zweite Vatikanische Konzil hatte. Für die islamische Perspektive bezieht sie sich einerseits auf Ahmed Ak-

gündüz, der sich mit der Umsetzung islamischen Rechts im Osmanischen Reich beschäftigte; und auf den seit einigen Jahren in der Türkei verfolgten Predigers und Lehrers Fethullah Gülen, dessen Lehren, so Klissenbauer, weltweit Einfluss haben. Es sind nun diese Theologen, die die Autorin auf das Potenzial der Religionsfreiheit befragt. Spannend. (gun)

Irene Klissenbauer

Das Ringen um Religionsfreiheit

Reihe: ReligionsRecht im Dialog

LIT Verlag, 2015

296 Seiten; 39,90 Euro

BUCH



Die neuen Muslime

In der öffentlichen Diskussion hat der Islam schon länger seine Unschuld verloren. Wusste vor 20 Jahren noch kaum jemand, was ein „Imam“ ist (viele wissen es heute noch nicht ge-

naue), was „Sunna“ oder „Schia“ bedeutet, so werden heute Urteile über den Islam im Schnellverfahren getroffen. Ein Aspekt dieser Diskussionen ist die Frage, warum junge Menschen zum Islam konvertieren. Allein schon durch die Neo-Konvertiten, die nach Syrien in den Krieg zogen, theologisch zwar unbewandert, aber begeistert vom „Daesh“, hat diese Frage für viele etwas beunruhigendes. Susanne Kaiser wollte nun wissen, wer die Menschen sind, die im Islam ihren neuen Glauben gefunden haben und wie ihre Beweggründe sind. Vorab: Sie findet die unterschiedlichsten Motive: sie reichen von spirituell geleiteten Menschen über in ihrem Leben Geschei-

terte (oder sich als solche empfindende) bis zu Projektionen, Hoffnungen, Wünsche über nunmehr neue Möglichkeiten. Die Autorin betont dabei, dass die von ihr zusammengetragenen Lebensgeschichten nicht repräsentativ sind, sondern nur für sich stehen. Ein wichtiger Hinweis, denkt man doch an jene Diskussionen, in denen vom Einzelnen auf das Allgemeine geschlossen wird, um damit Politik zu machen. Und Kaiser kommt gleich zu Beginn zu einer bemerkenswerten Einsicht. Sie schreibt, „An den Geschichten ist vor allem eines außergewöhnlich: wie normal die konvertierten Muslime sind. Natürlich haben alle individuelle Dinge zu erzählen, einzig-

artige Schicksalsschläge erlitten oder denkwürdige Zufälle erlebt.“ Die Hinwendung zum Islam sei aber „ziemlich gewöhnlich“ und eine, die viele Menschen bewegt. Es gehe um Selbstverwirklichung und den Wunsch, ein freies Leben zu führen. Wer sich nun wundert, wie das mit dem Islam zusammenpasst, kann es in dieser anregenden Lektüre nachlesen. (red)

Susanne Kaiser

Die neuen Muslime. Warum junge Menschen zum Islam konvertieren

Promedia Verlag, 2018

192 Seiten; 17,90 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Die Amerikafalle

Eine Weltmacht zu lieben, das klingt nach einem hoffnungslosen Fall oder einer köstlichen Anspielung auf Stanley Kubricks satirisches Meisterwerk „Dr. Strangelove“. Höchst amüsant und zugleich scharf in seinen Beobachtungen liest sich

auch das jüngste Buch des Salzburger Autors Martin Amanshauser. Der gewählte Buchtitel „Die Amerikafalle“ gibt dabei die Perspektive dieser Reiseerzählung vor. Die Amerikafalle hat etwas mit der globalen Faszination dieses Landes zu tun, der man leicht erliegen kann. In diesem Buch wird ihre Mechanik nun penibel von innen ergründet. Das Ergebnis ist eine Betrachtung voller Ambivalenzen, ein Blick zwischen Neugier und Distanz, vor allem aber liebevoller Ironie. Amanshauser führte eigentlich ein Lehrauftrag an eine Universität in Ohio, von dort strahlt er in das Land aus und mischt sich unter die Leute. Seinen Kapiteln über bestimmte Orte stellt er nützliche Tipps voran: In San Francisco bei Pier 39 unbedingt vermeiden: üble

Sourdough-Breads mit Clam Chowder essen. Nur für Möwen geeignet. In Las Vegas, wo die Taxler als betrugsaffin gelten, auf die Frage „Have you been to Las Vegas?“ immer „Many times!“ antworten. Eine der größten Irritationen, die man als EuropäerIn in den USA erlebt, erwächst aber wohl daraus, wie vertraut und doch wieder fremd einem diese Kultur erscheint. Wie höflich und rücksichtsvoll man sich etwa im öffentlichen Raum verhält, will so gar nicht zur waffenstrotzenden Nation passen. (Oder vielleicht doch?) Oder eine Begegnung unter Nachbarn in der „Alten Welt“, Amanshauser beschreibt anhand einer persönlichen Episode, dass diese in den USA in keiner Weise möglich wäre. Überhaupt sind es die vielen Bonmots, mit denen

der Autor seine Beobachtungen fortspinnt. Die USA werden unvermeidlich auch zur linguistischen Herausforderung, zur Begegnungszone mit dem eigenen Englisch. In den USA wünscht man sich „Murray Christmas“ und Gott wird „gaaad“ ausgesprochen. Wenn die Midwesterner „gaaad knows“ sagen, dann schwingt in den Ohren Amanshausers Ungeniertheit, ja Unverschämtheit mit. Die Existenz Gottes sei doch ausgeschlossen, wenn man seinen Namen derartig ausspricht. Es sind eben die Feinheiten, auf die es ankommt. Auch in diesem Buch. (gun)

Martin Amanshauser
Die Amerikafalle. Oder: Wie ich lernte, die Weltmacht zu lieben
 Krenmayr & Scheriau Verlag, 2018
 192 Seiten; 22 Euro

BUCH



Die grüne Lüge

Sie hat 2012 in „Wir müssen leider draußen bleiben“ über die neue Armut in der Konsumgesellschaft geschrieben und drei Jahre später in „Aus kontrolliertem Raubbau“ nachgewie-

sen, wie schädlich zum Teil die Green Economy für die Umwelt arbeitet. Für Shrimp-Zuchten werden Mangrovenwälder in Asien gerodet und wichtiges Uferland zerstört, und auch für zertifiziertes Palmöl werden illegal Regenwälder gerodet, die massiven Einfluss auf unser Klima und die Erderwärmung haben. Für Werner Bootes Doku „The Green Lie“ (Bericht in MO 50) verfasste sie mit ihrem jüngsten Buch die Vorlage. Kathrin Hartmann ist eine der profiliertesten deutschen Sachbuchautorinnen, wenn es um die Zusammenhänge von Industrie und Ökologie geht. In „Die Grüne Lüge“ beschreibt Hartmann, wie Konzerne Greenwashing betreiben und damit ein Milli-

ardengeschäft machen. Sie vermarkten ihre Produkte als ökologisch, belegen das scheinbar mit verschiedensten Zertifikaten, und vertreiben währenddessen Bauern von ihrem Land, oder erklären die eigenen Palmöl-Monokulturen zum Beitrag für den Umweltschutz. Die Fälle, die Hartmann recherchiert, sind teils so haarsträubend, dass man sich fragt, wie so viele Menschen an die findigen Geschäftsideen glauben können. Begriffe, mit denen jede/r etwas positives verbindet, spielen dabei eine wichtige Rolle. Der „Smart Juice“ zum Beispiel. Der Unternehmer Doug Evans entwickelte etwa einen schicken weiß designten Entsafter, der 400 Dollar kostet – und ans Internet angeschlossen

werden soll. Die Idee: Die Maschine presst Plastikbeutel aus, in denen sich Obst- und Gemüsestücke befinden. Ein Fünferpack um wohlfeile 30 Dollar, somit 6 Dollar pro Glas, sollten Evans reich machen – und der Welt weiteren Plastikmüll hinterlassen. Das Konzept erinnert an Nespresso. Evans scheiterte mit seinem Unternehmen, nun setzt er auf „Raw Water“. In „Die Grüne Lüge“ ist bestens recherchiert, was unsere Welt kaputt macht. Und warum wir daran beteiligt sind. (red)

Kathrin Hartmann
Die grüne Lüge. Weltrettung als Profitables Geschäftsmodell
 Blessing Verlag, 2018
 240 Seiten; 15 Euro

POPULÄRKULTUR

KULTUR/PARTY



Wienwoche

Von 14. bis 23. September 2018 stellt die siebte Auflage des Kulturfestivals WIENWOCHE Kunst und Politik der Überschreitung in den Mittelpunkt. Unter dem Titel „Über Gren-

zen, Schleichwege und Gemeingut“ lädt Wienwoche 2018 dazu ein, über Verbindendes nachzudenken und gemeinsam in Bewegung zu bleiben. In seiner siebten Ausgabe fragt WIENWOCHE nach dem Verbindenden über unterschiedlichste

Arten von Grenzen hinweg. Wie überwinden wir geographische, politische oder soziale Grenzen? Wie können wir Raum, Zeit und Güter gemeinsam nutzen? Fragen wie diese standen im Zentrum des Open Calls für WIENWOCHE 2018. Zwölf Projekte wurden vom Kuratorinnenteam ausgewählt. Dazu kommt das Projekt einer offenen Arbeitsgruppe, in der 14 TeilnehmerInnen ohne Bewerbungs- und Auswahlprozedere zusammenarbeiteten, sowie die große Eröffnung mit anschließender Opening Party. „Grenzen sind nicht nur Terrain der Kontrolle, der Regulation, des Profitmachens und der Gewalt, sie sind immer auch Räume der Neubestimmung und Neuerfindung, die aus direkter Aktion und kritischer

Utopie hervorgehen. Grenzgeschichten zeigen die vielfältigen Aspekte von Grenzen: Sie trennen – aber können nicht trennen. Inmitten der Grenzlandschaften vermehren sich die Schleichwege. Sie sind Spuren von kreativen Widerstandskräften, die uns den Welten des bedingungslosen Teilens und Füreinander-Sorgens näherbringen: das im Entstehen begriffene Gemeingut. 2018 lädt die Wienwoche ein zu künstlerischer Forschung, zu aktivistischen Ausflügen und zum Kampf ums Gemeingut, darum, dass die Welt endlich uns allen gehört. Bleib mit uns in Bewegung, für das, was uns alle bewegt“, so Nataša Mackuljak und Ivana Marjanović (s. Foto), das Leitungsteam von Wienwoche seit 2016.

NACHRUF

Zum Tod von Di-Tutu Bukasa

Di-Tutu, der Sohn des Tutu, war ein unbeugsam intellektueller Kindgebliebener. In seiner Heimat blieb er stets Migrant. Vor seinem unberechenbaren lustvollen Drang, zu provozieren und Grenzen zu überschreiten, war niemand sicher. Insbesondere Frauen nicht. Und doch respektierten ihn auch diejenigen, gegenüber denen sein Respekt zu wünschen übrig ließ. Denn er war die Verkörperung von Engagement. Sein Wirken hat die Grenzen der antirassistischen Szene in Österreich gleichermaßen abgesteckt und erweitert. Wer

Di-Tutu Bukasa nicht gekannt hat, war nicht dabei. Denn er war immer und überall dabei. Seit vielen Jahrzehnten. Die Liste der Vereine, Initiativen und Projekte, in denen er aktiv war, ist selbst für seine engsten Mitstreiter unzählbar.

Dennoch hat er das große Ganze nie aus den Augen verloren. Bei jeder Gelegenheit hat er den Mund aufgemacht und einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag gefordert. Die Wärme seines Herzens hat er vorzugsweise jenen geschenkt, denen unsere Gesellschaft diesen Vertrag noch vehementer verwehrte als ihm selbst. Er wollte sich weder ducken noch einordnen, war im Zweifelsfall lieber ungemütlich. Er war keiner, der sich

um die gebührende Anerkennung seiner Leistungen sorgte. Dabei hat er wirklich bemerkenswertes auf die Beine gestellt. Allein die Gründung des FC Sans Papiers – ein Fußballverein derjenigen, die eigentlich gar nicht hier sein dürften – war ein Geniestreich. Die unverzagte Hartnäckigkeit, mit der er am äußersten Rand der Gesellschaft gewirkt hat, wird uns in Zeiten wie diesen ganz besonders fehlen.

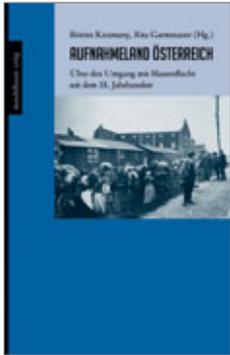
Wahrscheinlich hat sein Herz gerade gelacht, als es im Schlaf zu schlagen aufhörte.

Farewell, Di-Tutu. Wir hoffen, woanders bist du dort, wo du immer sein wolltest.

*Ülkü Akbaba, Andreas Görg.
Istanbul/ Wien, August 2018*

POPULÄRKULTUR

BUCH



Aufnahmeland Österreich

Von einem nassen Grab im Bodensee ist in einem Bericht im Bregenzer Wochenblatt 1797 die Rede. Damals hatten Frankreich und Österreich einen Separatfrieden unterzeichnet, in der Folge kommen täglich „50

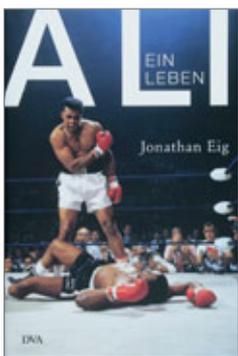
bis 60 französische Emigrierte durch die Schweiz halb nackt hier an: sie sehen nicht Menschen, sondern Geistern ähnlich...“ heißt es weiter. Erstaunlich bei der Lektüre dieses Buches ist, wie sich Fluchtereignisse über Jahrhunderte hinweg und an verschiedensten Orten doch ähnlich sind. Massenflucht sei nichts Neues in Österreich, schreiben die HerausgeberInnen im Vorwort dieses Sammelbandes, der aus einer Konferenz 2016 entstanden ist. Die Textbeiträge setzen sich mit Flüchtlingsaufnahmen auseinander, die in den drei vergangenen Jahrhunderten für Österreich relevant waren. Beleuchtet werden unterschiedlichste Ereignisse: Etwa die jüdischen Auswanderungswellen 1881/82 aus Südruss-

land, bei denen 25.000 Menschen auch nach Österreich kamen. Damals, so heißt es, dürften die russischen Grenzbehörden sogar die Weisung erhalten haben, „die russischen Israeliten im Übertritte nach Österreich per Bahn durch den Radzilower Grenzschranken oder auf Schleichwegen nicht mehr zu behindern.“ Die Menschen flüchteten vor Pogromen und aus wirtschaftlichen Überlegungen, viele nahmen die Dienste von Hilfskomitees an, und reisten nach Übersee weiter. Auch Spenden wurden damals in der Monarchie für die Menschen gesammelt. Und berichtet wird auch, dass sich auch österreichische Staatsbürger als Flüchtlinge ausgaben. Interessant auch ein Kapitel über das Zusammentreffen

von Geflüchteten aus dem Bosnienkrieg ab 1992 in einer Community von MigrantInnen in Enns. Die Neuankömmlinge mussten teils erst Anerkennung finden, sie hatten wiederum Einfluss auf den Wandel der gesamten Community. Welche Rolle Religion für die Neuankömmlinge spielt, ist dabei besonders aufschlussreich. Selbst Menschen, die kaum religiös waren, wurde der Glaube im Moment, in dem man alles verloren hatte, zum stabilisierenden Faktor. (red)

Börries Kuzmany, Rita Garstenauer (Hg.)
Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert
 Mandelbaum Verlag, 2017
 262 Seiten; 19,90 Euro

BUCH



Muhammad Ali – Der Champ

„Ich bin der Größte! Ich bin der Champ!“ Die sportlichen Leistungen des dreimaligen Boxweltmeisters Muhammad Ali sind unumstritten und nicht umsonst

gilt er als eine der Sportlegenden im 20. Jahrhundert. Jonathan Eig gelingt es in dieser Biographie, nicht nur den Sportler und seinen ruhmreichen Werdegang näher zu bringen, sondern durch Geschichten und Anekdoten das Bild eines politisch umstrittenen, fehlbaren und in seinen Ansichten oft sehr extremen Mannes, der viel zu lange seinen Boxsport ausgelebt hat, nachzuzeichnen. Schon als Kind erkannte Cassius Marcellus Clay Junior, wie er vor seiner Namensänderung hieß, dass „die Welt für Weiße war“ und erlebte, wie Rassentrennung, soziale Zugehörigkeiten und Gewalt den Alltag bestimmten. Doch durch den Sport lernte er diese Grenzen zu überwinden. Er verweigerte den Wehrdienst

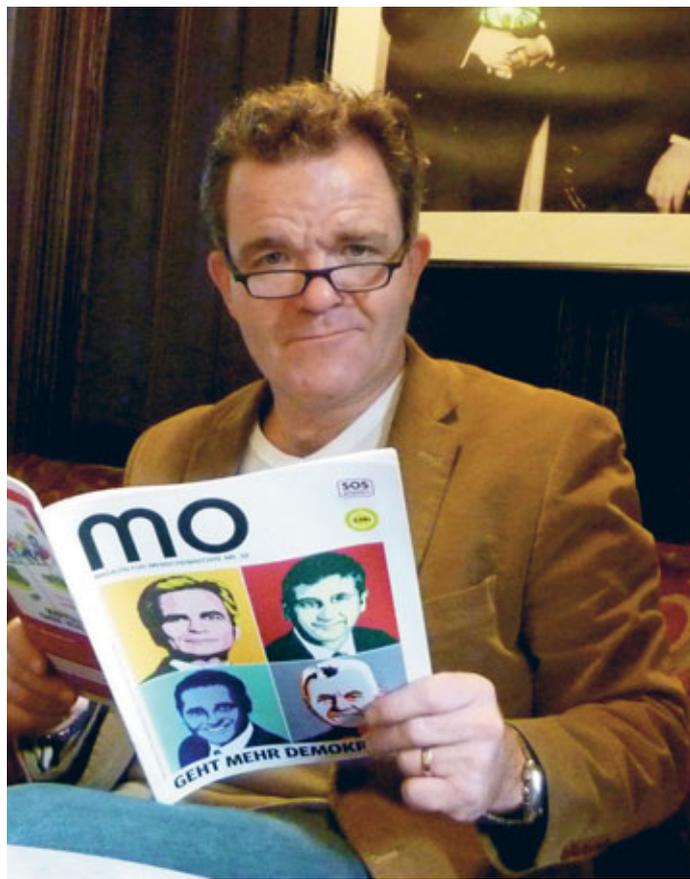
aus Protest gegen den Vietnamkrieg und setzte sich für die Emanzipationsbewegung der afroamerikanischen Bevölkerung ein. Clay konvertiert zum Islam und legte Namen ab, der auf die Sklavenhalter seiner Vorfahren verwies. Eig beschreibt Ali, der insbesondere in der weißen Bevölkerung vielfach für sein Engagement bei der *Nation of Islam* kritisiert wurde, als politisch aktiven, aber auch beeinflussbaren und ruhelosen Charakter außerhalb des Sports. Diese jüngste Biographie Alis zeichnet sich dadurch aus, dass sie auf neue Quellen wie die Akten des FBI oder des US-Justizministeriums, aber auch auf Interviews mit Alis Ex-Frauen zurückgreift. Der Autor geht

auch auf die gesundheitliche Entwicklung Alis ein und rekonstruiert, dass Ali dem Sport zu lange treu blieb. Seine Parkinson-Erkrankung hatte sich bereits in der Sprache des 30-jährigen bemerkbar gemacht, während sein Körper unter den Belastungen des Kampfsports litt. Das Buch rückt weniger die sportlichen Erfolge in den Mittelpunkt, sondern wirft einen neuen unverstellten Blick auf den Menschen Muhammad Ali, sein Privatleben und seine politischen Aktivitäten. (Stefanie Humer)

Jonathan Eig
ALI. Ein Leben
 Deutsche Verlags-Anstalt, 2018
 704 Seiten; 32,90 Euro

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

FLUCHT

Ich lebe und arbeite in Österreich

Wer sind die Menschen, die nach Österreich geflüchtet sind und sich hier ein neues Leben aufbauen? Immer mehr von ihnen schaffen es, hier Fuß zu fassen. Viele haben inzwischen einen Job gefunden. Um ihnen eine Stimme und ein Gesicht zu geben, hat SOS Mitmensch eine Reihe von Gesprächen geführt. Wie etwa mit Sima Abdul Hakim, die 2010 aus Afghanistan kam und nun Mathematik unterrichtet; oder mit

Imad Khchifati aus Syrien, der an der TU Wien arbeitet und sein Maschinenbaustudium weiterführt. Sie alle eint der Wunsch nach mehr Offenheit der Gesellschaft. Sie möchten zeigen, wer sie sind, und beweisen, dass sie etwas Positives zur österreichischen Gesellschaft beitragen können. Die Porträts der Reihe „Ich lebe und arbeite in Österreich“ finden Sie auf: www.sosmitmensch.at



Imad Khchifati flüchtete 2015 nach Österreich und arbeitet jetzt an der TU Wien.

SOZIALES

Kampf gegen Kürzung der Mindestsicherung

Bereits mehr als 7.000 Menschen unterstützen unsere Protestinitiative gegen die geplante Kürzung der Mindestsicherung. Unser Protest richtet sich gegen das wohl schlimmste Armutsverschärfungspaket der Zweiten Republik. Ein erster kleiner Erfolg ist gelungen: Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, ihr katastrophales Vorhaben noch vor dem Sommer umzusetzen. Doch die Regierung scheint weiter entschlossen, an der Armutsschraube zu drehen und insbesondere die Armut von Kindern in Österreich dramatisch zu verschärfen. Regierungsstellen schrecken auch nicht davor zurück, falsche Informationen zur Mindestsicherung zu verbreiten. Meh-



Politiker in Eile, Protest gegen soziale Härten.

lere Tageszeitungen und Wochenmagazine übernahmen eine Grafik, die auf Angaben des Sozialministeriums beruht. Das Prob-

lem dabei: Fast die Hälfte der Zahlen waren falsch.

Darüber hinaus hat Sozialministerin Beate Hartinger-Klein mit ihren Aussagen den Eindruck erweckt, ein menschenwürdiges Leben in Österreich sei mit 150 Euro im Monat möglich, sofern die Mietkosten abgedeckt sind. Aus dem Mund einer Ministerin, deren Monatseinkommen mehr als das Hundertfache davon beträgt, ist das an Zynismus kaum zu überbieten.

Umso wichtiger ist es, dass viele ihre Stimme erheben! Sie können die Protestinitiative von SOS Mitmensch weiterhin unterstützen und Protestnachrichten abschicken!

Rettung des Integrationspreises Sport

Alles deutete darauf hin, dass das Integrationsministerium und der Österreichische Integrationsfonds den „Integrationspreis Sport“ still und heimlich entsorgen wollten. Doch der Protest von SOS Mitmensch und vieler früherer PreisträgerInnen hat ein Umdenken bewirkt. Jetzt bedeutet man, es werde den Preis weiter geben. Gut so.

„Aula“ wird eingestampft

Viele Jahrzehnte hat die „Aula“ antisemitische, rassistische und mit dem Neonazismus sympathisierende Berichte publiziert, nun soll sie eingestampft werden. Maßgeblichen Anteil daran haben die Recherchen von SOS Mitmensch, die die FPÖ und ihr Leitmedium massiv in Bedrängnis brachten. Nun droht die FPÖ mit einem Nachfolgeprojekt.

Pass Egal Volksbegehren

Erstmals in der Geschichte wird es in Österreich ein „Pass Egal Volksbegehren“ geben! Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft können in zahlreichen Wahllokalen symbolisch ihre Stimme für das Frauenvolksbegehren abgeben. Diese Stimmen werden extra gezählt und bekanntgegeben. Alle Infos auf www.sosmitmensch.at



Abstimmen auch ohne Staatsbürgerschaft.

Fotos: SOS Mitmensch, Bernhard Spindler und Frauenvolksbegehren

ANDERE ÜBER ...

KOMMENTAR

Der Islamkaninchen-Zaubertrick

Religion ist wieder ein Instrument der Politik, obwohl sie das nicht sein dürfte.

KOMMENTAR: MUAMER BEĆIROVIĆ

Islamkindergärten verbieten. Burkas verbieten. Kopftücher in Schulen und im öffentlichem Dienst verbieten. Fasten an Schulen verbieten. – Das ist nur ein Auszug der vielen Forderungen, die man in den vergangenen Wochen von Regierungsmitgliedern vernehmen konnte. Klarer kann die Conclusio nicht sein: Die österreichische Bundesregierung hat ein Faible für den Islam entwickelt. Oder?

Nein, die österreichische Bundesregierung zieht, wenn es brenzlich wird, das alte Islamkaninchen aus dem Hut. Und es funktioniert.

Vorab: Ja, es gibt Probleme in der muslimischen Gesellschaft, zweifellos und unübersehbar – sei es antisemitisches Gedankengut, die historisch verwurzelte sozioökonomische Schwäche, die schlechten Bildungsergebnisse, die patriarchalisch geprägte Kultur oder der Einfluss außenpolitischer Interessen. Diese Probleme sind real. Und sie sind lösbar – wenn nur der Wille bestünde, sie lösen zu wollen. Nein, wenn ich existierende Probleme der muslimischen Welt anspreche, macht mich das nicht zu einem “islamophoben Veräter”. Nein, wenn ich die regelmäßige Diskriminierung von MuslimInnen bei Bildung, Job- und Wohnungssuche anspreche, macht mich das nicht zu einem “naiven Gutmenschen”. Differenzierung ist das Stichwort. Die Welt ist nicht schwarz und weiß. Und auch nicht rosarot. Dennoch fällt uns scheinbar nichts besseres ein, als uns in Facebook-Kommentarsektionen verbal die

Köpfe einzuschlagen, wenn es um die Frage geht, ob muslimische Frauen ihre Körper verhüllen dürfen.

Öl ins Feuer

Und die Politik sieht nicht mehr schweigend zu, wie es unter Rot-Schwarz der Fall war; nein, sie gießt eifrig Öl ins Feuer. Kopftuch! Burka! Fasten! Und die Debatte entfacht erneut, wieder gibt es Stoff für Diskussion, Konfrontation, Streit, alles, was den Fokus weg von Sachpolitik rückt. Neulich saß ich mit einem Redakteur einer deutschen Zeitung im Wiener Café Central und löcherte ihn mit der Frage, wie es nur sein könne, dass die Auseinandersetzung in sachpolitischen Fragen hierzulande so kurzatmig ausfällt? Keines dieser Themen wird schließlich länger als eine Woche diskutiert. Er meint: „Wir befinden uns in einem Dilemma. Ich würde ja gerne eine sachpolitische Story bringen, aber zack – die Bundesregierung spricht vom Kopftuchverbot. Und meine inhaltsreiche Geschichte wird auf eine andere Seite zurückgereiht und stattdessen wird das Kopftuch behandelt. Das Agendasetting geht von der Politik aus.“

Anders als Rot-Schwarz hat diese Regierung keine Angst, sich an polarisierenden Themen die Finger zu verbrennen: Sie hat Religion für sich als Instrument für politisches Taktieren entdeckt. Um sich vor sachpolitischen Fragen wie Finanzpolitik, Pensionspolitik, Wirtschaftspolitik oder Sozialpolitik zu drücken, ist man sich

keinem erbärmlichen Rückgriff auf AsylwerberInnen und den Islam zu schade. Religion ist wieder ein Instrument der Politik, ein mächtiges Werkzeug, das die Massen spaltet, Gemüter erhitzt, und Menschen ihrer Rationalität beraubt. Religion ist wieder ein Instrument der Politik, obwohl uns die Geschichtsbücher lehren, dass sie das nie sein dürfte.

Wenn purer politischer Pragmatismus ohne moralische Zielsetzung erfolgt, dann wird Politik zynisch. Der Leidträger dieses Zynismus ist letztlich die Gesellschaft. Das sieht man heute eindeutig: Das gesellschaftliche Klima ist derart vergiftet, konfrontativ und unversöhnlich wie schon lange nicht mehr. Einzelne Regierungspolitiker haben aber gar nicht vor, bestehende Probleme tiefgreifend zu lösen, weil sonst ein nützliches Instrument verlorenginge. Solange das Pulverfass nicht hochgeht, besteht kein Interesse, es zu entschärfen.

Irgendwann ist es dann zu spät. Spätestens dann, wenn aktuelle Regierungspolitiker abdanken. Ihnen wird's halt wurscht sein. Und uns bis dahin leider auch.

ZUR PERSON

Muamer Bećirović

Muamer Bećirović ist Herausgeber des Digitalmagazins “Kopf um Krone”. Er ist zudem Bezirksobmann der Jungen ÖVP Rudolfshheim-Fünfhaus und Student.
www.kopfumkrone.at



Wir stärken den Zusammenhalt.

Mit Schwung
für Wien

Vielfalt, die das Leben in der Stadt in vielerlei Hinsicht bereichert, hat in Wien eine lange Tradition. Um auch in Zukunft einen sozialen Zusammenhalt zu sichern, fördert die Stadt den Austausch. Die Schaffung von „Bildungsgrätzl“ – also die Vernetzung von Bildungseinrichtungen in Stadtteilen – sowie Projekte in den Bezirken und die vielfältigen Angebote in den Gemeindebauten spielen dabei eine wesentliche Rolle, die Wohn- und Lebensqualität für Alt und Jung zu erhalten.

Infos unter www.bildung.wien.at sowie www.wohnen.wien.at



“

Weil ich Frau
genug bin

* Dirk Stermann

**Mein Volksbegehren.
Meine Unterschrift.
Pass egal.**



Über eine Million Einwohner*innen Österreichs dürfen Volksbegehren nicht unterschreiben, weil sie keinen österreichischen Pass haben.

**Setzen wir mit der Pass Egal
Unterschriftensammlung ein Zeichen
gegen diesen Demokratieausschluss.**

Mit Lokalen in ganz Österreich vom 13. bis
15. September oder per Zusendung bis zum
1. Oktober 2018.

Mehr Infos auf frauenvolksbegehren.at/passegal



Frauen* Volksbegehren